

C-03-001 Die Würde aller Menschen ist unantastbar!

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 29.04.2020

Änderungsantrag zu C-03

Von Zeile 1 bis 136:

Als Länderrat solidarisieren wir uns mit der folgenden Stellungnahme der BAG Behindertenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen zu den Ethik-Empfehlungen im Rahmen von Covid-19: "Am 23. März haben mehrere deutsche medizinische Fachgesellschaften, vereint unter dem Dach der DIVI, sogenannte „Ethik-Empfehlungen“ für den Fall veröffentlicht, dass im Rahmen der Covid-19-Pandemie nicht mehr ausreichend intensivmedizinische Behandlungsplätze mit Zugang zu einem Beatmungsgerät zur Verfügung stehen. In diesen Empfehlungen wird in abgestufter Form dargestellt, nach welchen Kriterien Ärzt*innen die schwierige Auswahl (Triage) treffen könnten, wer die überlebenswichtige Behandlung bekommen soll. Wenige Tage später hat der Deutsche Ethikrat in einer Ad-hoc-Erklärung die Empfehlungen der DIVI bekräftigt. Wir alle setzen in diesen Wochen alles daran, dass unser Gesundheitssystem gar nicht erst in diese Situation kommt. Wir bleiben so weit wie möglich zu Hause, halten Abstand, achten auf unsere Hygiene und benutzen Handschuhe und Masken. Wir haben weiterhin die Hoffnung, dass es in Deutschland keine gleichermaßen dramatischen Entwicklungen wie in Italien oder Spanien geben wird. Für uns ist nachvollziehbar, dass im Falle einer nicht vermeidbaren Auswahlentscheidung dafür Kriterien gelten müssen. Diese müssen sich aber an dem Verfassungsgrundsatz orientieren, dass man kein Leben gegen ein anderes abwägen darf. Danach darf nur berücksichtigt werden, wer zuerst in die Behandlung kommt, wer die Behandlung am dringlichsten braucht und wer zufällig als behandlungsbedürftige*r Patient*in aufgenommen wurde. Nicht akzeptieren können wir, dass bei Menschen, bei denen individuell sowohl die Aussicht auf Überleben als auch auf Heilung besteht, die Behandlung abgebrochen wird, weil ein Mensch mit vermeintlich besseren Heilungschancen aufgenommen wird. Genauso wenig akzeptieren können wir, dass zusätzliche Auswahlkriterien angelegt werden wie beispielsweise das Vorliegen bestimmter Komorbiditäten (zusätzlicher Erkrankungen) sowie die vermutete verbleibende Lebenserwartung oder -qualität.“ Wir, die BAG Behindertenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen, wenden uns deshalb mit diesem Aufruf an alle GRÜNEN Verantwortungsträger*innen in der Partei und in den Parlamenten: **Bitte lasst nicht zu, dass das in den DIVI-Empfehlungen zum Ausdruck kommende Bild von Menschen mit Behinderungen, von alten und von Menschen mit Vorerkrankungen unwidersprochen bleibt. Es darf hier kein Präzedenzfall dafür geschaffen werden, dass trotz anderslautender Beteuerungen Menschenwürde, Menschenrechte und der unbedingte Schutzanspruch menschlichen Lebens nicht mehr für alle Menschen gleichermaßen gilt. 1. Triage-Kriterien müssen für alle Menschen gleich gelten** Wir erkennen an, dass es für Ärzt*innen und andere Angehörige medizinischer Berufe eine enorme psychische und persönliche Herausforderung ist, bei nicht ausreichend zur Verfügung stehenden Ressourcen eine Entscheidung darüber zu treffen, wer behandelt wird und wer nicht. Wir können den Wunsch nach übergeordneten Richtlinien verstehen, die der jeweils entscheidenden Person einen Teil der Verantwortung und der damit verbundenen Last abnehmen. Dennoch können wir nicht hinnehmen, welche Auswahlkriterien in diesen Empfehlungen eingeführt werden. Sie betreffen uns, im Zweifelsfall unsere physische Existenz. Unter den Mitgliedern der BAG Behindertenpolitik gibt es beispielsweise Menschen mit neuromuskulären Erkrankungen – Vorerkrankungen, die explizit in den DIVI-Empfehlungen als Negativ-Score aufgelistet werden. Darunter zählt man Erkrankungen wie MS, spinale Muskelatrophie oder auch ALS, eine schwere Erkrankung, mit der der weltberühmte Astrophysiker Stephen Hawking 76 Jahre alt wurde. Wir, die wir mit solchen

Grunderkrankungen leben, möchten euch stellvertretend für viele Menschen mit anderen Erkrankungen an unserem Beispiel illustrieren, was die DIVI-Empfehlungen für uns bedeuten. Vielen von uns wurde zu Beginn unseres Lebens ein Versterben bereits im Kindesalter prognostiziert. Viele von uns sind aber mittlerweile in ihren Vierzigern oder älter. Wir sind Menschen, die mitten im Leben stehen, arbeiten, Familie haben, politische oder andere Ehrenämter ausüben. Unsere Lebensqualität orientiert sich aus unserer Sicht nicht an mehr oder weniger vollständiger Gesundheit oder Selbstständigkeit, sondern daran, ob wir unseren Bedarfen entsprechend mit technischen Hilfsmitteln und persönlicher Assistenz ein selbstbestimmtes Leben führen können. Mit der notwendigen medizinischen Versorgung im Krankheitsfall haben viele Menschen mit neuromuskulären Erkrankungen eine Lebenserwartung wie andere Menschen auch, jeweils abhängig davon, wie ihr allgemeiner Gesundheitszustand und nicht zuletzt auch ihr Lebenswille ist. Es ist für uns kaum zu ertragen, dass man uns grundsätzlich eine geringere Aussicht auf Genesung im Rahmen unserer individuellen Normalität unterstellt. Von einer Gesellschaft, die die Würde des Menschen und deren Schutz nicht an bestimmten Vorgaben festmacht, sondern am Menschsein selbst, erwarten wir den gleichen Schutz und die gleiche medizinische Versorgung, die anderen Menschen zugebilligt wird. Bei gleicher Überlebenschance und gleicher Aussicht auf Wiederherstellung des Gesundheitszustands, wie er vor einer Covid-19-Erkrankung bestand, muss grundsätzlich auch Menschen mit Behinderungen und Vorerkrankungen die bestmögliche medizinische Behandlung zukommen. Allein das Vorliegen einer Behinderung oder Vorerkrankung darf kein Ausschlusskriterium für Beatmung oder intensivmedizinische Behandlung sein. Triage-Kriterien müssen für alle Menschen gleich gelten. **2. Ein fatales Signal an Menschen mit Behinderung...** Vielen von uns stellt sich beim Lesen der Ethik-Empfehlungen die Frage, wie es denn tatsächlich bestellt ist um unsere gesellschaftliche Gleichstellung. Wir haben Jahre- und jahrzehntelang gekämpft gegen jede Art von Diskriminierung und Benachteiligung, für Nachteilsausgleiche und die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens, für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt, für Menschenrechte wie den umfassenden Zugang zu Bildung und für die Aufhebung des Ausschlusses vom Wahlrecht. Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) durch die Bundesrepublik Deutschland dachten wir, unserer gesellschaftlichen Gleichstellung so nahe zu sein wie nie zuvor. In den Jahren danach hat uns die Gesetzgebung, insbesondere die Verabschiedung des BTHG, teilweise enttäuscht. Dennoch haben viele von uns nie daran gezweifelt, dass gerade auf dem Erfahrungshintergrund der entsetzlichen Ideologie des NS-Regimes nicht mehr an unserem Lebensrecht und unserer grundsätzlichen Gleichwertigkeit gezweifelt wird. Nun scheint dies nicht mehr zu gelten. Manche von uns sehen in den Ethik-Empfehlungen ein Signal an uns Menschen mit Behinderungen, dass wir nur in guten Zeiten die gleichen Bürger- und Menschenrechte genießen wie andere Menschen auch. Ist es tatsächlich so, dass wir dann, wenn es hart auf hart kommt, wieder grundsätzlich um unser Leben und unsere Gesundheit bangen müssen? Kann es sein, dass wir diese Frage im Jahr 2020 erneut stellen müssen? **3. ... und an die Gesellschaft** Doch es geht nicht allein um uns. Wir sehen, dass plötzlich das Bild einer Gesellschaft am Horizont erscheint, in der nicht mehr alle Menschen mit der gleichen Würde und den gleichen Menschenrechten ausgestattet sind. Unser Grundgesetz kennt eine solche Unterscheidung nicht. Auch die Gesetze in unserem Land gelten grundsätzlich für alle Menschen gleichermaßen. Wenn Leben und Gesundheit die höchsten Güter sind, die vom Staat geschützt werden müssen, ist es inakzeptabel, dass dies im Kielwasser der Ethik-Empfehlungen nicht mehr für alle Menschen gilt, zumindest nicht für die, die mit bestimmten anderen Erkrankungen oder Behinderungen leben. Wenn vom Grundsatz her unveräußerliche Rechte manchen Personengruppen per se abgesprochen werden, so zerstört dies unser gesellschaftliches Selbstverständnis als Rechtsstaat und als solidarisches Gemeinwesen. Wir können dazu nicht schweigen. Wir GRÜNE verstehen uns als liberale, demokratische Partei, für die Menschen- und Bürgerrechte zu den Grunderrungenschaften unserer Gesellschaft gehören. Wir möchten, dass deshalb das Bekenntnis zu Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen und die klare Abgrenzung von allen Strömungen, die dem widersprechen, auch Eingang in unser neues Grundsatzprogramm finden. Die aktuelle Debatte liefert dafür ausreichend Anlass und Dringlichkeit. Liebe Parteifreund*innen, bitte greift unseren Appell auf: **Lassen wir nicht zu, dass auf dem Hintergrund einer möglicherweise anstehenden Extremsituation Weichen gestellt werden, die noch weit über die Coronakrise hinaus unser gesellschaftliches Zusammenleben, den Grundkonsens von gleichen Rechten und gleicher Würde, wie er im Grundgesetz ausformuliert ist, infrage stellt und aushebelt.** Werdet bitte mit uns

~~gemeinsam laut als mahnende Stimme und als Kämpfer*innen für den gleichen Wert und die gleiche Würde jedes Menschen, egal ob er mit einer Behinderung lebt oder ohne, ob er gesund ist oder krank, ob er jung ist oder alt. Die Triage-Regeln müssen grundsätzlich für alle gelten und sich einzig und allein an ihrer individuellen Situation orientieren. Der Ausschluss ganzer Personengruppen entspricht weder unserem Rechtsverständnis noch unserem gesellschaftlichen Grundkonsens. In diesem Sinne bitten wir euch, alles daran zu setzen, dass die Ethik-Empfehlungen der DIVI und ihre Billigung durch den Deutschen Ethikrat in den angesprochenen kritischen Teilen zurückgenommen werden.“~~ Im Rahmen der Corona-Krise hat sich auch in Deutschland eine Debatte um Entscheidungsempfehlungen im Bereich der Triage, also Verfahren zur Priorisierung medizinischer Hilfeleistung, insbesondere bei unerwartet hohem Aufkommen an Patient*innen und objektiv unzureichenden Ressourcen, entwickelt. Es muss alles getan werden, um solche Triage-Situationen bei den intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten zu vermeiden. Anders als im Rettungsdienst und Katastrophenschutz gibt es für die beschriebene klinische Situation keine Triage-Richtlinien. Aktuelle Empfehlungen wurden unter anderem von dem Forum behinderter Juristinnen und Juristen kritisiert. Wir finden es wichtig, eine politische Debatte über Triage-Richtlinien entlang unserer Grundwerte und unseres Bilds einer inklusiven Gesellschaft zu ermöglichen. Wir als Partei werden hier keine direkten Maßnahmen oder den konkreten Weg festlegen können. Der Länderrat begrüßt deshalb, dass die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich dafür einsetzen wird, dass sich die zuständigen Ausschüsse des Bundestags mittels öffentlicher Anhörung von Expert*innen, zu denen ausdrücklich auch Vertreter*innen der Menschen mit Behinderung, älterer Menschen und Migrant*innen gehören müssen, mit dem Thema Triage-Richtlinien befassen. Dieser Prozess wird von der Partei, insbesondere unter Einbeziehung der Bundesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, politisch begleitet. Dabei gilt für uns grundsätzlich: Die Verfassung mit ihren Grundwerten der Menschenwürde, des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit, des Gleichheitsgebots und ihrer Diskriminierungsverbote sowie staatlichen Gewährleistungs- und Schutzpflichten gilt uneingeschränkt auch in der Pandemie. Entscheidungsempfehlungen zur Triage müssen diskriminierungsfrei und grundgesetzkonform ausgestaltet werden. Die strukturelle Benachteiligung oder den generellen Ausschluss von Personengruppen beispielsweise aufgrund von Alter oder Behinderung lehnen wir ab. Eine solche Benachteiligung liefe auch Gefahr, zur Grundlage für weitere Diskriminierungen nach der Corona-Pandemie zu werden. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen haben den gleichen Anspruch auf Schutz ihrer Grundrechte, insbesondere ihres Rechtes auf Leben und körperliche Unversehrtheit, wie alle anderen Menschen auch. Angriffen auf diese Rechte treten wir entschieden entgegen. Als Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der die Würde eines jeden Menschen im Rahmen eines solidarischen Miteinanders geschützt wird - in und außerhalb der Pandemie.

C-04-005 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 4 bis 9:

vor der Pandemie haben die Mitgliedsstaaten der EU es nicht vermocht, dieses Recht zu achten und gemeinsam zu schützen. Sie ließen zu und lassen bis heute zu, dass Menschen auf der Flucht ertra^ainken und in überfüllten Lagern auf europäischem Boden monate- und jahrelang feststecken. Eine solidarische Verteilung der Menschen, die nach Europa kamen, war kommen, wurde bislang ebenso nichtwenig erreicht wie ein gemeinsames europäisches Asylsystem.

weitere Antragsteller*innen

Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Jian Omar (KV Berlin-Mitte); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

C-04-022 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 21 bis 23 löschen:

fehlende gesundheitliche Ressourcen in Südeuropa und aus Angst vor weiteren Infizierten. Doch Europa darf Menschen nicht ertrinken lassen, ~~die man retten könnte.~~

weitere Antragsteller*innen

Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Jian Omar (KV Berlin-Mitte); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

C-04-028 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 27 bis 32:

Prüfung für unsere Menschlichkeit. Für uns Grüne ist klar, dass wir diese Krise nur gemeinsam meistern können. Wir riskieren keine Toten, wo wir Leben retten können – nicht hier, aber auch nicht in Italien, Griechenland oder auf dem Mittelmeer. Wir setzen europäische Werte und Solidarität nicht aufs Spiel, wo sie dringender denn je gebraucht werden. ~~In der Corona-Krise~~Wir haben ~~wir~~ ein Ziel: Wir lassen niemanden zurück, auch nicht die Geflüchteten in Deutschland und an den

weitere Antragsteller*innen

Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Jian Omar (KV Berlin-Mitte); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

C-04-054 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 53 bis 56:

Staaten, selbst ganze Bundesländer haben ihre Bereitschaft signalisiert, viel mehr Menschen aufzunehmen. Darum müssen nun sofort zumindest als erstes die besonders schutzbedürftigen Menschen, also Kinder unbegleitete Kinder und Jugendliche, Familien, Schwangere, chronisch Kranke, traumatisierte Personen, Menschen mit Behinderung und Ältere von den Inseln geholt werden. Die Bundesländer, die

weitere Antragsteller*innen

Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Jian Omar (KV Berlin-Mitte); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

C-04-063 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 62 bis 63 einfügen:

Bundesinnenministerium einfordern, dass Deutschland die eigenen Möglichkeiten nutzt und endlich Verantwortung übernimmt. Die Kapazitäten reichen hierzulande problemlos aus, die Lager auf den griechischen Inseln zu evakuieren.

weitere Antragsteller*innen

Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Jian Omar (KV Berlin-Mitte); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

C-04-121 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 120 bis 128:

Wir Grüne setzen uns für eine Reform des Europäischen Asylsystems ein. Dabei müssen faire, schnellezügige und geordnete rechtsstaatliche Verfahren an den europäischen Außengrenzen überall in Europa genauso wie ein funktionierender Verteilmechanismus im Zentrum stehen. Langwierige Verfahren, Zulässigkeitsprüfungen und Vorprüfungen von Asylanträgen führen zu unmenschlichen Situationen wie derzeit auf den griechischen Inseln. Und genau das wollen wir vermeiden. Schutzsuchende müssen deshalb an den Außengrenzen schnell registriert werden, einen Gesundheitscheck und Sicherheitskontrollen durchlaufen und dann rasch auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Die Erstunterbringung muss menschenwürdig sein und medizinische Versorgung sowie Schutzkonzepte für Frauen, Kinder und weitere besonders vulnerable Gruppen garantieren. Ein Campieren unter Plastikplanen oder gar unter freiem Himmel ist mit Menschenrechtsstandards unvereinbar. Auch muss eine unabhängige Rechtsberatung sichergestellt sein. Kapazitäten der Aufnahmezentren dürfen nicht überschritten werden.

weitere Antragsteller*innen

Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Jian Omar (KV Berlin-Mitte); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

C-04-133 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 132 bis 134:

ist das der Ausgangspunkt. Wer helfen will, muss helfen können. Dabei müssen EU-Gelder zur Unterstützung bereitgestellt werden. ~~Wir~~ Eine verpflichtende Umverteilung von Geflüchteten in Europa wird es in den nächsten Jahren nicht geben, weil einzelne Mitgliedsstaaten das grundsätzlich blockieren. Aber diese Blockadepolitik darf nicht länger ein chaotisches und menschenunwürdiges Asylsystem erhalten. Deshalb setzen wir

Begründung

Eine verpflichtende Verteilung von Geflüchteten in Europa ist wünschenswert, scheiterte aber an die Blockadehaltung einiger Mitgliedsstaaten. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass diese Blockadepolitik ein chaotisches und menschenunwürdiges Asylsystem erhält. Deshalb setzten wir in der Europafraktion auf neue Wege und wollen statt eines Aufnahmewangs ein Anreizsystem schaffen. Mitgliedsstaaten, die partout keine Schutzsuchenden aufnehmen wollen, sollen die Kosten für die Aufnahme derjenigen Mitgliedsstaaten tragen, die bereit sind, weitere Geflüchtete aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Anreize für die Verteilung von denjenigen mitfinanziert, die den Schutz von Geflüchteten in Europa grundsätzlich ablehnen. Bei der Verteilung müssen die Anknüpfungspunkte der Geflüchteten berücksichtigt werden. Für die Europafraktion ist außerdem klar, dass die Europäische Kommission mit Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen dafür sorgen muss, dass sich alle Mitgliedsstaaten an die europäischen Werte und das europäische Asylrecht halten.

weitere Antragsteller*innen

Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Michael Bloss (KV Stuttgart); Henrike Hahn (KV München); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald)

C-04-138 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 137 bis 139 einfügen:

die sich grundsätzlich gegen die Aufnahme von Schutzsuchenden sperren, sollen stattdessen einen angemessenen finanziellen Beitrag leisten und sich so an einem funktionierenden Europäischen Asylsystem beteiligen.

Begründung

Eine verpflichtende Verteilung von Geflüchteten in Europa ist wünschenswert, scheiterte aber an die Blockadehaltung einiger Mitgliedsstaaten. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass diese Blockadepolitik ein chaotisches und menschenunwürdiges Asylsystem erhält. Deshalb setzten wir in der Europafraktion auf neue Wege und wollen statt eines Aufnahmewangs ein Anreizsystem schaffen. Mitgliedsstaaten, die partout keine Schutzsuchenden aufnehmen wollen, sollen die Kosten für die Aufnahme derjenigen Mitgliedsstaaten tragen, die bereit sind, weitere Geflüchtete aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Anreize für die Verteilung von denjenigen mitfinanziert, die den Schutz von Geflüchteten in Europa grundsätzlich ablehnen. Bei der Verteilung müssen die Anknüpfungspunkte der Geflüchteten berücksichtigt werden. Für die Europafraktion ist außerdem klar, dass die Europäische Kommission mit Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen dafür sorgen muss, dass sich alle Mitgliedsstaaten an die europäischen Werte und das europäische Asylrecht halten.

weitere Antragsteller*innen

Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Michael Bloss (KV Stuttgart); Henrike Hahn (KV München); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald)

C-04-138-2 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 137 bis 139 einfügen:

die sich grundsätzlich gegen die Aufnahme von Schutzsuchenden sperren, sollen stattdessen einen angemessenen finanziellen Beitrag leisten und sich so an einem funktionierenden Europäischen Asylsystem beteiligen.

weitere Antragsteller*innen

Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Jian Omar (KV Berlin-Mitte); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

C-04-139 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu C-04

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

stattdessen einen angemessenen Beitrag leisten und sich so an einem funktionierenden Europäischen Asylsystem beteiligen. Der finanzielle Beitrag muss mindestens die tatsächlichen Kosten für die Aufnahme von Geflüchteten entsprechen, und denjenigen Mitgliedsstaaten zugutekommen, die bereit sind, weitere Schutzsuchende aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Anreize für die Verteilung von denjenigen mitfinanziert, die den Schutz von Geflüchteten in Europa grundsätzlich ablehnen.

Wir wollen, dass die Anknüpfungspunkte von Asylsuchenden an einen bestimmten Mitgliedsstaat, wie familiäre Bindungen, Sprachkenntnisse, oder frühere Aufenthalte, bei der Verteilung so weit wie möglich berücksichtigt werden. Das verbessert die Aussichten auf Integration und verringert die Anreize, irregulär in einen anderen Mitgliedstaat weiterzuziehen.

Die Europäische Kommission muss perspektivisch dafür sorgen, dass Geflüchtete überall in Europa Perspektiven haben. Missstände wie inhumane Zustände in Flüchtlingsunterkünften, illegale Pushbacks und Gewalt an der Grenze müssen ein Ende haben. Die Europäische Kommission darf nicht vor Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen gegenüber Mitgliedstaaten zurückschrecken, die die Werte und Rechte der EU nicht respektieren.

Begründung

Eine verpflichtende Verteilung von Geflüchteten in Europa ist wünschenswert, scheiterte aber an die Blockadehaltung einiger Mitgliedsstaaten. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass diese Blockadepolitik ein chaotisches und menschenunwürdiges Asylsystem erhält. Deshalb setzten wir in der Europafraktion auf neue Wege und wollen statt eines Aufnahmewangs ein Anreizsystem schaffen. Mitgliedsstaaten, die partout keine Schutzsuchenden aufnehmen wollen, sollen die Kosten für die Aufnahme derjenigen Mitgliedsstaaten tragen, die bereit sind, weitere Geflüchtete aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Anreize für die Verteilung von denjenigen mitfinanziert, die den Schutz von Geflüchteten in Europa grundsätzlich ablehnen. Bei der Verteilung müssen die Anknüpfungspunkte der Geflüchteten berücksichtigt werden. Für die Europafraktion ist außerdem klar, dass die Europäische Kommission mit Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen dafür sorgen muss, dass sich alle Mitgliedsstaaten an die europäischen Werte und das europäische Asylrecht halten.

weitere Antragsteller*innen

Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Michael Bloss (KV Stuttgart); Henrike Hahn (KV München); Karolina Ziehm (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald)

D-01-028 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 27 bis 29 einfügen:

sind. Auf starke internationale Institutionen. Auf die Robustheit von Wirtschaft, Gesundheits- und Sozialsystemen und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Auf eine starke Daseinsvorsorge. Auf die Stärke derer, die man in der Gesellschaft oft nicht sieht:

Begründung

Im Leitantrag kommt auf Seite 13 - also ganz am Ende - die richtige Erkenntnis, dass wir den Raubbau an den natürlichen Ökosystemen beenden müssen. Der ganze Text geht aber viel zu wenig auf die bereits existentiellen Krisen, wie z.B. das Artensterben und den Verlust der natürlichen Lebensgrundlagen - so auch der fruchtbaren Böden - ein.

D-01-031 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Malte Spitz (KV Unna)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 30 bis 32 einfügen:

Lastwagenfahrer*innen, Erntehelfer*innen, Kassierer*innen, Reinigungskräfte und Pfleger*innen. Ihnen gilt genauso unser voller Dank wie den Mitarbeiter*innen in den Gesundheitsämtern, den Krankenhäusern, Forschungseinrichtungen, bei den Medizinprodukt Herstellern, in den Arztpraxen, bei der Bundeswehr, der Polizei, Feuerwehr, den Rettungskräften oder den zahlreichen Krisenstäben, die sich in den vergangenen Wochen mit vollem Einsatz und darüber hinaus eingesetzt haben, um die weitere Ausbreitung zu verlangsamen und Infizierte zu versorgen. Auf die vielen Frauen, die nicht nur in schlecht bezahlten CareBerufen, sondern auch in vielen Familien alles am Laufen halten. Auf bessere

Begründung

Wir sollten auch einen umfassenden Dank für die aussprechen, die sich umfassend in den vergangenen Wochen aufopferungsvoll eingesetzt haben.

weitere Antragsteller*innen

Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Katharina Schulze (KV München); Sven Lehmann (KV Köln); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV); Christian Kühn (KV Tübingen)

D-01-060 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Malte Spitz (KV Unna)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 59 bis 61:

Gefahr bleiben und wir werden voraussichtlich noch lange mit weitreichenden Einschränkungen leben müssen. Wir müssen fundiert darüber sprechen wo und wie Lockerungen ~~sind weiter nur~~ bei den jetzigen Beschränkungen stufenweise und unter der Prämisse möglich sind, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird. Einen allgemeinen Immunitätsausweis lehnen wir dafür allerdings ab. Er schafft lediglich noch mehr Ungleichheit und sorgt nicht für eine solidarische Bewältigung der Corona-Epidemie.

weitere Antragsteller*innen

Sven Lehmann (KV Köln); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Katharina Schulze (KV München); Sebastian Walter (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV)

D-01-088 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Malte Spitz (KV Unna)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 87 bis 88 einfügen:

von den Regierungen im Bund und in den Ländern zwingend mit einzubinden. Sie sind der Ort der demokratischen Debatte, auch in Krisenzeiten. Die vorgenommenen Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie und sozialen und wirtschaftlichen Abfederung dieser, waren und sind beispiellos in der bundesrepublikanischen Geschichte. Es ist daher auch unsere Verantwortung und Aufgabe, diese Vorgänge nicht nur jetzt kritisch zu begleiten, sondern auch anschließend umfassend aufzuarbeiten, Konsequenzen für die Zukunft daraus zu ziehen, gemachte Fehler zu benennen und bessere Konzepte für die Zukunft zu erarbeiten.

Begründung

Wir sollten nicht nur über unser Handeln heute reden, sondern auch deutlich machen wie wir zukünftig damit weiter umgehen wollen.

weitere Antragsteller*innen

Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Katharina Schulze (KV München); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV); Christian Kühn (KV Tübingen)

D-01-092 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Beschlussdatum: 01.05.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 91 bis 93 einfügen:

Vehemenz, mit der wir in den Shutdown gegangen sind muss eine funktionierende, europäisch koordinierte Pandemiewirtschaft aufgebaut werden, die sich am globalen Bedarf orientiert. Viele Unternehmen im Land sind bereit zu helfen, und ihre Produktion auf elementar notwendige

D-01-097 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 97 bis 99:

Wenn wir niemanden vor die Alternative stellen wollen, das eigene Leben zu schützen oder gesellschaftlich und politisch partizipieren zu können, dann müssen die Testkapazitäten und die Versorgung mit Mund-Nase-Masken ~~müssen~~ drastisch gesteigert werden. Die Ausstattung mit Schutzkleidung ist gerade für die

weitere Antragsteller*innen

David Schneider (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Stephanie Bethmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell); Jonathan Sieger (KV Köln); Manfred Hierdeis (KV Fürth-Stadt); Reinhold Goss (KV Köln); Kerstin Dehne (KV München); Nabiha Ghanem (KV Soest); Niclas Ehrenberg (KV Düsseldorf); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Luisa Schwab (KV Köln); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Alexandra Sabrina Dittrich (KV Viersen); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Nico Paulus (Rastatt/Baden-Baden KV); Birgit Brennecke (KV Rotenburg/Wümme); Julie Cazier (KV Köln); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Uwe Herzog (KV Offenbach-Land); Maik Babenhauserheide (KV Herford); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Burkhard Kalle (KV Soest); Thomas Glowacki (KV Köln); Tina Conrady (KV Rhein-Erft-Kreis); Marius Kühne (KV Münster); Maximilian Ruta (KV Köln); Max Lucks (KV Bochum); Sven Lehmann (KV Köln); Julia Höller (KV Bonn); Sigrid Pomaska-Brand (KV Mark); Nicola Dichant (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld); Georg Sieglen (KV Köln); Peter Meiwald (KV Ammerland); Nadine Milde (KV Köln); Kai Herlemann (KV Osnabrück-Stadt); Anna Leonore Kipp (KV Köln); Carsten Jansing (KV Rhein-Lahn); Volker Beck (KV Köln); Dagmar Hanses (KV Soest); Torsten Materna (KV Südliche Weinstraße); Sylvia Olbrich (KV Mark); Stefan Wolters (KV Köln); Alexander Bühner (KV Euskirchen)

D-01-101 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Christina Johanne Schröder (KV Wesermarsch)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 100 bis 102 einfügen:

sozialen Hilfeinrichtungen, für die Kinder- und Jugendhilfe, Frauenberatungsstellen, Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte für Schutzsuchende oder die Obdachlosenhilfe jetzt notwendig, nicht später. Sie müssen ebenso wie Pflegeheime mit Schutzmasken ausgestattet werden. Längst

weitere Antragsteller*innen

Christian Meyer (KV Holzminden); Jonas Graeber (KV Osnabrück-Stadt); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Corinna Rüffer (KV Trier); Katja Keul (KV Nienburg); Heiko Sachtleben (KV Peine); Djenabou Diallo-Hartmann (Hannover RV); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Nicole van der Made (Hannover RV); Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt); Sascha Schießl (Hannover RV); Konstantin Mallach (KV Göttingen); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg)

D-01-102 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Malte Spitz (KV Unna)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 101 bis 105:

Frauenberatungsstellen oder Obdachlosenhilfe jetzt notwendig, nicht später. Sie müssen ebenso wie Pflegeheime mit Schutzmasken ausgestattet werden. ~~Längst überfällige digitale Lösungen — etwa eine freiwillige Corona-Tracing-App als wichtiger Baustein in der Epidemiebekämpfung — gibt es noch immer nicht. Die Gesundheitsämter brauchen ausreichend Personal für regionale Taskforces.~~ Die Abläufe in den Gesundheitsämtern müssen unterstützt, verbessert und beschleunigt werden, sowohl durch ausreichend Personal für regionale Taskforces, als auch mittels digitaler Technologie um z.B. Infektionsketten schnell und effektiv zu betreuen und die betroffenen Personen in der Quarantäne zu begleiten. Dies ist zentral für die Eindämmungsstrategie im Rahmen der Epidemiebekämpfung. Eine Corona-Tracing-App, aufbauend auf einem dezentralen Ansatz, kann als weiterer wichtiger Baustein dienen, deren Einsatz muss auf absoluter Freiwilligkeit beruhen und den höchsten Standards beim Datenschutz und der IT-Sicherheit genügen, diese Aspekte müssen auch gesetzlich abgesichert werden.

Begründung

Wir müssen die Rahmenbedingungen für den Einsatz entsprechender Apps definieren und deutlich machen das die Unterstützung der Gesundheitsämter vielfältig ist und diese wie der gesamte Öffentliche Gesundheitsdienst ein zentraler Pfeiler sind.

weitere Antragsteller*innen

Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Katharina Schulze (KV München); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV); Christian Kühn (KV Tübingen)

D-01-102-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 101 bis 105:

Frauenberatungsstellen oder Obdachlosenhilfe jetzt notwendig, nicht später. Sie müssen ebenso wie Pflegeheime mit Schutzmasken ausgestattet werden. ~~Längst überfällige digitale Lösungen — etwa eine freiwillige Corona-Tracing-App als wichtiger Baustein in der Epidemiebekämpfung — gibt es noch immer nicht.~~ Wir benötigen eine datenschutzkonforme, pan-europäische, freiwillige Corona-Tracing-App als wichtigen Baustein der Epidemiebekämpfung. Die Gesundheitsämter brauchen ausreichend Personal für regionale Taskforces.

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Niklas Hendrik Nienaß (KV Rostock); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

D-01-112 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Grüne Jugend Bundesvorstand

Beschlussdatum: 01.05.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 111 bis 113 einfügen:

Kleingruppenunterricht, Schüler-Lehrer-Gespräche. Wenn im Betrieb Schichtsysteme eingeführt werden, klappt das auch in der Kita. **Prüfungen auf Biegen und Brechen durchziehen, hilft dabei niemandem: Durchschnittsabschlüsse würden alle Beteiligten entlasten.** Der Staat hat eine Fürsorgepflicht für Kinder und einen Bildungsauftrag.

D-01-113 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Katrin Langensiepen (Hannover RV)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 112 bis 113 einfügen:

eingeführt werden, klappt das auch in der Kita. Der Staat hat eine Fürsorgepflicht für Kinder und einen Bildungsauftrag.

Wenn die Gesellschaft unter Druck gerät, bekommen marginalisierte und vulnerable Gruppen die Folgen der Corona-Krise zu spüren. Ohnehin schon prekäre Situationen verschlechtern sich teils dramatisch. Menschen ohne Papiere, Geflüchtete und EU-Bürger*innen, aber auch Menschen mit Behinderungen, ohne Krankenversicherung oder ohne Wohnung müssen gleichberechtigt mitgedacht werden. Wie eine Gesellschaft mit vulnerablen Gruppen und Minderheiten umgehen, ist ein Seismograph für die Stärke unserer Demokratie – nicht nur, aber eben gerade auch in Krisenzeiten.

weitere Antragsteller*innen

Christina Johanne Schröder (KV Wesermarsch); Alexandra Werwath (KV Bremen-Mitte); Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Christian Meyer (KV Holzminden); Corinna Ruffer (KV Trier); Jonas Graeber (KV Osnabrück-Stadt); Katja Keul (KV Nienburg); Heiko Sachtleben (KV Peine); Djenabou Diallo-Hartmann (Hannover RV); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Nicole van der Made (Hannover RV); Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt); Sascha Schießl (Hannover RV); Konstantin Mallach (KV Göttingen); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg)

D-01-127 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 126 bis 128:

Betreuung, Wirtschaft und Handel, Kultur- und Freizeitangebote sowie nicht zuletzt die gesellschaftliche Teilhabe am gesellschaftlichen und die chancengleiche Teilnahme an politischen Leben organisieren und Wahlen organisieren, während wir gleichzeitig die Menschen bestmöglich vor Ansteckung schützen.

Begründung

Unter den gegenwärtigen Bedingungen steht eine chancengleiche Teilnahme von Menschen aus Risikogruppen an politischen Wahlen extrem in Frage. Dies ist nicht allein eine rechtliche Frage! Während durch weitgehende Nutzung von Briefwahl die Wahrnehmung des aktiven Wahlrechts auch in Pandemiezeiten umsetzbar scheint, stellt jede Kandidatur und die damit verbundene Teilnahme an Wahlversammlungen, selbst bei gutem Willen und bester Vorbereitung der Verantwortlichen ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar.

- Wir Grünen wollen aber niemanden vor die Alternative stellen, das eigene Leben zu schützen oder politisch partizipieren zu können.
- Wir wollen faire und verfassungsgemäße Wahlen.
- Wir wollen die Repräsentativität unserer Parlamente erhalten, in denen sich auch Menschen mit Atemwegs- und Autoimmunerkrankungen, Organschäden oder -transplantationen, Schwerbehinderte, Diabetespatient*innen, Menschen im Rentenalter oder in Chemotherapie mit ihrer Stimme und stimmberechtigt einbringen.

Wir reden hier über 20-25% der Bevölkerung.

Konkrete Lösungsvorschläge gäbe und gibt es, ich habe aber verzichtet, dies hier aufzuführen, um den Antrag an dieser Stelle nicht zu überladen.

Es steht uns Grünen aber gut zu Gesicht, diesen Punkt grundsätzlich mit in den Leitantrag aufzunehmen.

weitere Antragsteller*innen

David Schneider (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Manfred Hierdeis (KV Fürth-Stadt); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell); Stephanie Bethmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Kerstin Dehne (KV München); Nabiha Ghanem (KV Soest); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Stephan Wiese (KV Lübeck); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Robin Wagener (KV Lippe); Alexandra Sabrina Dittrich (KV Viersen); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Nico Paulus (Rastatt/Baden-Baden KV); Miriam Erbacher (KV Rhein-Erft-Kreis); Birgit Brennecke (KV Rotenburg/Wümme); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel);

Julie Cazier (KV Köln); Uwe Herzog (KV Offenbach-Land); Maik Babenhauserheide (KV Herford); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Burkhard Kalle (KV Soest); Thomas Glowacki (KV Köln); Friedrich Wichmann (KV Köln); Marius Kühne (KV Münster); Maximilian Ruta (KV Köln); Max Lucks (KV Bochum); Julia Höller (KV Bonn); Sigrid Pomaska-Brand (KV Mark); Sven Lehmann (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld); Georg Sieglen (KV Köln); Peter Meiwald (KV Ammerland); Kai Herlemann (KV Osnabrück-Stadt); Anna Leonore Kipp (KV Köln); Carsten Jansing (KV Rhein-Lahn); Torsten Materna (KV Südliche Weinstraße); Nadine Milde (KV Köln); Dagmar Hanses (KV Soest); Stefan Wolters (KV Köln); Alexander Bühner (KV Euskirchen); Sylvia Olbrich (KV Mark)

D-01-134 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 133 bis 137:

wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns in Europa gemeinsam und mit aller Kraft stellen müssen. ~~Die Konjunkturprogramme müssen deshalb europäisch gedacht, bzw. in Europa aufeinander abgestimmt sein, damit sich alle Länder im europäischen Binnenmarkt entwickeln können. Niemand wird es alleine schaffen.~~ Die in nächster Zeit geplanten Konjunktur-Förderprogramme zur Wiederbelebung der Wirtschaft müssen mit Auflagen zur Durchsetzung von konkreten Schritten zu verbessertem sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigem Wirtschaften verknüpft werden. Sie müssen europäisch gedacht, bzw. mit dem europäischen Green Deal verknüpft werden. Dazu brauchen wir die Europäische Union als starke Institution und den gemeinsam getragenen Green Deal.

Begründung

Wir müssen lernen, den Wert grenzübergreifender Zusammenarbeit wieder stärker zu schätzen! Die Sicherung grundlegender Bedürfnisse, wie die Versorgung mit Nahrungsmitteln, das gesundheitliche Wohlergehen, die Sorge für nachfolgende Generationen geht nur mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Sie sichern unser wirtschaftliches Überleben.

D-01-134-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 133 bis 137:

wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns in Europa gemeinsam und mit aller Kraft stellen müssen. Durch eine überwiegend nationale Ankurbelung der Wirtschaft droht ein Szenario, in dem ein Teil der Mitgliedsländer mit einer sehr umfassenden staatlichen Absicherung durch die Krise geht, ein anderer Teil jedoch nur mit einer Minimalabsicherung. Ein solch soziales und wirtschaftliches Auseinanderklaffen würde den Zusammenhalt in der EU gefährden und damit eine Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft schwer belasten. Die Konjunkturprogramme müssen deshalb europäisch gedacht; bzw. in Europa aufeinander abgestimmt sein, damit sich alle Länder im europäischen Binnenmarkt entwickeln können. Niemand wird es alleine schaffen. Auch europäische Förderprogramme zur Wiederbelebung der Wirtschaft müssen mit Auflagen zum sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Wirtschaften sowie mit dem Europäischen Green Deal verknüpft werden.

weitere Antragsteller*innen

Sven Giegold (KV Düsseldorf); Niklas Hendrik Nienauß (KV Rostock); Katrin Langensiepen (Hannover RV)

D-01-151 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 151 bis 157:

~~Bei all dem ist die zweite große Aufgabe unserer Zeit, die Klimakrise, zu bewältigen. Wir erleben nach zwei Hitzesommern schon die nächste Dürre. Knochentrockene Äcker, Waldbrände im April, das ist auch die Realität in unserem Land. Und gegen die Klimakrise wird es keinen Impfstoff geben. Nicht in diesem Jahr und auch in keinem anderen. Wir werden als Weltgemeinschaft scheitern, wenn die jetzt geplanten Maßnahmen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen noch beschleunigen.~~ Wir dürfen die bereits beschlossenen Klimaschutz- und CO₂-Reduktionsziele keinesfalls aus den Augen verlieren. Wir erleben nach zwei Hitzesommern schon die nächste Dürre. Knochentrockene Äcker, Waldbrände im April, das ist auch die Realität in unserem Land. Wir werden als Weltgemeinschaft scheitern, wenn die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen fortschreitet.

Begründung

redaktionell: die Verkürzung auf zwei Krisen verkennt die Lage - siehe die 9 Sphären im Modell der planetaren Grenzen / ökologischen Belastungsgrenzen der Erde

D-01-169 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 168 bis 170:

die durch Corona bedingte Wirtschaftskrise und die Klimakrise zusammen anzugehen. ~~So wird~~

Herzstück des Auswegs aus der Krise muss der Europäische Green Deal sein. Ersten Versuchen, diesen unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie aufzuweichen oder in Teilen zu verschieben, stellen wir uns entschieden entgegen. Der Green Deal muss zum Pakt für die ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft werden.

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Niklas Hendrik Nienauß (KV Rostock); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

D-01-175 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 174 bis 178:

stimulieren und stabilisieren, und zudem den Kurs in Richtung Klimaneutralität und Zukunftsfähigkeit setzen. ~~Dabei ist völlig klar: Ein solches Konjunkturprogramm ist auch innerhalb von vielen Jahren so nur ein Mal leistbar. Umso entschiedener und vorausschauender muss jetzt der richtige Weg zum Wiederaufbau eingeschlagen werden.~~ Dafür sollen für die staatlichen Konjunkturprogramme allgemeine und auch branchenspezifische Nachhaltigkeitskriterien und Umsetzungsfristen festgelegt und im Rahmen der Förderung vereinbart werden.

Begründung

Der richtige Weg zum Wiederaufbau ist an Kriterien zu binden - dabei wird es sowohl Verlierer aber auch Gewinner geben. Dieser Gewinn muss aber dem Gemeinwohl dienen, schließlich sind es öffentliche Gelder.

D-01-184 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 183 bis 187:

Rezession an Vorgaben gekoppelt werden müssen: Wenn Aktienkonzerne Dividenden auszahlen, ~~Unternehmen-Firmensitze in Steueroasen haben~~ oder Manager*innen-Boni auszahlen, können sie keine Hilfe vom Staat erwarten. Unternehmen, die in der Krise mit staatlichen Geldern unterstützt wurden und in Zukunft wieder Dividenden auszahlen wollen, müssen diese Hilfen an den Staat zurückzahlen. Unternehmen, die Staatshilfe beantragen, sollten zunächst offenlegen müssen, in welchem Land sie welchen Gewinn machen und wie viele Steuern zahlen. Öffentliche Gelder dürfen unter keinen Umständen dazu beitragen, dass bestehende Steuerschlupflöcher gar geweitet werden.

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Niklas Hendrik Nienauß (KV Rostock); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

D-01-187 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 186 bis 187 einfügen:

Krise mit staatlichen Geldern unterstützt wurden und in Zukunft wieder Dividenden auszahlen wollen, müssen diese Hilfen an den Staat zurückzahlen. Wenn der Staat sich mit Steuergeldern an Unternehmen beteiligt, muss er auch Mitspracherechte haben. Stille Beteiligungen oder ähnliche Instrumente ohne Mitspracherechte lehnen wir ab. Gerade in Branchen, die für die Erreichung der Klimaziele relevant sind, sollte der Bund aktiv an der Unternehmensausrichtung für die Erreichung der Klimaneutralität mitarbeiten. Außerdem muss der Staat bei Unternehmensbeteiligungen seiner Verantwortung für die Rechte der Beschäftigten und die soziale Ausrichtung gerecht werden.

weitere Antragsteller*innen

Timon Dzienus (Hannover RV); Christian Meyer (KV Holzminden); Felix Banaszak (KV Duisburg); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Katharina Dröge (KV Köln); Ska Keller (Spree-Neiße KV)

D-01-199 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Bettina Hoffmann (KV Schwalm Eder)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 199 bis 207:

- ~~Der lokale Einzelhandel und insbesondere die inhabergeführte Gastronomie sowie Kultureinrichtungen leiden durch die Krise massiv. Der Einzelhandel hat bereits weitere Marktanteile an den Onlinehandel verloren. Um eine Verödung unserer Innenstädte zu verhindern, soll für die zweite Jahreshälfte ein Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro aufgelegt werden, der sich zusammensetzt aus Kaufanreizen, in Form von Kauf-Vor-Ort-Gutscheinen sowie direkten Zuschüssen, um die Nachfrage, dort wo nötig, zu stimulieren und eine Belebung der Innenstädte als gesellschaftliche Räume zu schaffen.~~
- [Zeilenumbruch]
- Der lokale Einzelhandel und insbesondere die inhabergeführte Gastronomie sowie Kultureinrichtungen leiden durch die Krise massiv. Der Strukturwandel des Handels in Richtung online hat sich beschleunigt, es droht eine Insolvenzelle im stationären Handel. Um dies zu verhindern, wollen wir insbesondere den stationären Fachhandel und inhabergeführte Läden bei der Digitalisierung und der strukturellen, regionalen Verankerung digitaler Geschäftsmodelle unterstützen. Kluge Konzepte zur Lenkung von Konsument*innenströmen, beispielsweise mittels freiwilliger und kostenfreier Online-Zugangstickets für Geschäfte und Einkaufszentren, erleichtern es dem Handel, wieder mehr Umsätze zu generieren. Die Einführung von zusätzlichen kostenlosen Nahverkehrsangeboten für den Einkaufsverkehr kann ebenfalls helfen, den Konsum anzureizen. Für die zweite Jahreshälfte soll ein Einzelhandels-Unterstützungs-Fonds aufgelegt werden, der mittels Kaufanreizen, in Form von Kauf-Vor-Ort-Gutscheinen oder direkten Zuschüssen, die Nachfrage stimuliert. In den Kommunen wollen wir die Gastronomie auch durch eine Ausweitung von Ausschankflächen im Freien, die die Einhaltung von Abstandsregelung ermöglichen, unterstützen. Dazu sollen wo immer möglich öffentliche Flächen und Parkplätze zeitlich befristet der Gastronomie zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Das Schaffen von Kaufanreizen (u.a. in Form von Gutscheinen für den Handel) greift zu kurz. Wir erleben einen grundlegenden Strukturwandel hin zum Online-Handel, eine Entwicklung, die sich durch die Corona-Pandemie sehr stark beschleunigt hat, aber nicht dauerhaft umkehrbar ist. Es braucht deshalb Ansätze, die Online- und Offline zusammenbringen und die Förderung von Geschäftsmodellen, die auch im Online-Handel regional für Wertschöpfung sorgen und von denen nicht nur die Giganten des Online-Handels profitieren. Es ist wichtig, Innenstädte vor einer Verödung zu schützen. Allerdings ist davon auszugehen, dass ein erheblicher Anteil der Kauf-Gutscheine in größere Anschaffungen (v.a. Möbel, Unterhaltungselektronik) und damit sehr häufig im Gewerbegebiet auf der grünen Wiese landen könnten.

Auch Outlet-Center, große Shopping Malls oder Baumärkte dürften im Vergleich zum inhabergeführten Einzelhandel in Klein- und Mittelstädten überdurchschnittlich profitieren. Kauf-Vor-Ort-Gutscheine sind in ihrer Wirkung zur Belebung von Einkaufsstraßen und Fußgängerzonen jenseits der Einkaufsmagneten und Top-Lagen deshalb vermutlich begrenzt. Es handelt sich um eine konjunkturpolitische Maßnahme, nicht um ein Instrument der Innenstadt-Belebung. Es wird vermutlich noch einige Zeit dauern, bis ein wirkungsvoller Impfstoff zur Verfügung steht. Konjunktur- und strukturpolitisch ist es wichtig, den Konsum und insb. den stationären Einzelhandel zu unterstützen, gleichzeitig müssen Überfüllungssituationen vermieden werden. Hierfür können digitale Informations- und Kommunikationssysteme genutzt werden, zusätzliche Nahverkehrsangebote können die Verkehrsströme gerade am Samstag entzerren. Eine konkrete Lösung für die Gastronomie fehlt bislang im Antrag: Die Ausweitung der Ausschankflächen im Freien durch die Kommunen könnte zumindest ein Instrument sein, der Gastronomie im Sommerhalbjahr zu helfen, Umsatzeinbußen teilweise zu kompensieren. Durch die notwendigen Abstandsregelungen kann die Gastronomie ansonsten nur einen deutlich kleineren Teil von Gästen bewirten

weitere Antragsteller*innen

Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm); Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte); Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Sebastian Schäfer (KV Stuttgart); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Lena Satzger (KV Fürstenfeldbruck); Renate Künast (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sebastian Pewny (KV Bochum); Nicolás Lutzmann (KV Heidelberg); Alexander König (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Thomas von Sarnowski (KV Ebersberg); Vaniessa Rashid (KV München); Katharina Beck (KV Hamburg-Eimsbüttel); Korbinian Gall (KV Rosenheim); Gudrun Lux (München KV); Judith Bogner (KV Mühldorf); Benjamin Adjei (KV München); Johanna Mellentin (KV Berlin-Kreisfrei); Herbert Weber (KV München); Dieter Janecek (KV München)

D-01-204 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Jens Christoph Parker (KV Osnabrück-Stadt)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 203 bis 207:

- Jahreshälfte ein Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro aufgelegt werden, der ~~sich zusammensetzt aus Kaufanreizen, in Form von Kauf-Vor-Ort-Gutscheinen sowie direkten Zuschüssen, um die Nachfrage, dort wo nötig, zu stimulieren und eine Belebung der Innenstädte als gesellschaftliche Räume zu schaffen.~~

durch gezielte Zuschüsse und Maßnahmen dabei unterstützt unsere Innenstädte als gesellschaftliche Räume zu erhalten.

Begründung

Gegen geografisch limitierte Konsumgutscheine spricht meiner Meinung nach unter anderem: -Ein Grundsatz der Nachhaltigkeit ist "Reduce. Reuse. Recycle". Ein Gutschein, welcher möglichst zu zusätzlichen, über die eigentlich geplanten Ausgaben hinaus, Konsum anregen soll, widerspricht diesen Grundsatz. -Kannibalisierung des erhofften Effekts durch Substituierung von auch ohne Gutschein geplanten Ausgaben. -Willkürliche Limitierung der Möglichkeit einen hypothetischen Konsumgutschein einzulösen. Was sagen wir Menschen, die sich gerne etwas in einem Laden in einem Nachbarort kaufen möchten? -Nicht jedes Unternehmen im Einzelhandel lässt sich mit grünen Werten vereinbaren. Ist es tatsächlich möglich einen lokalen Gutschein so zu gestalten, dass er nicht dafür genutzt wird billig produzierte sogenannte "Fast Fashion" oder billig importierte Elektronik zu kaufen? -Was passiert, wenn ein*e Kund*in ein Produkt, welches mit einem Gutschein gekauft wurde, retourniert? Was passiert, wenn dieses online geschieht? Stellt die Einzelhändler*in dann erneut einen Konsumgutschein aus? Oder wird in dem Fall Bargeld ausgezahlt? . Deswegen sollten wir meiner Meinung nach unsere wertvollen öffentlichen Mittel, für das vollkommen korrekte Ziel, für gezielte und wirkungsvolle Zuschüsse & Maßnahmen nutzen, anstatt metaphorisch die logalbegrenzte Konsumgießkanne rauszuholen. Eine relevante Anzahl lokaler Einzelhändler*innen ist heutzutage bereits via Multichannel online und vor ort aktiv. Durch gezielte Maßnahmen könnten u.a. auch diese Strukturen ausgebaut werden, um diesen kleinen Unternehmen auch nachhaltig ein weiteres Instrument im Wettbewern, in einem sich kontinuierlich wandelnden Konsumumfeld, an die Hand zu geben. Dafür wären die Mittel begrenzt, wenn wir sie in Konsumgutscheine stecken. Daher bitte ich euch meinem Änderungsantrag zuzustimmen.

weitere Antragsteller*innen

Jura Schoeder (KV Osnabrück-Stadt); Karolina Ziehm (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Stephanie Bethmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Sebastian Walter (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Renée-Maike Pfuderer (KV Stuttgart); Patrick Zwiernik (KV Koblenz); Greta Garlichs (Hannover RV); Elise Radtke (KV Osnabrück-Stadt); Sandra Schneeloch (KV Köln); Sina

Beckmann (KV Friesland); Elisabeth Özge (KV Wilhelmshaven); Ute Dommel (Hannover RV); Daniel Jochum (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Theodoros Ioannidis (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ulf Berner (KV Wilhelmshaven); Georg Berner-Waindok (KV Wilhelmshaven); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte)

D-01-207 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Heiko Sachtleben (KV Peine)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 207 bis 211:

- Es braucht zudem gezielt ~~einen Fonds~~ ein Förderprogramm mit nicht rückzahlbaren Soforthilfen für ~~die~~ weiterhin geschlossene ~~Kultureinrichtungen~~ Kreativ- und ~~Betriebe~~ Veranstaltungswirtschaft, um deren Fortbestand zu sichern, ~~gerade für kleine Veranstaltungsorte~~ — dies ist wirksamer und ~~fairer~~ allumfassender als das von der Bundesregierung geplante Umtauschsystem. Desweiteren muss ein Rettungsschirm für alle Auszubildenen aufgespannt werden, die in ihren Betrieben nicht mehr ausgebildet werden können, da durch die faktische Einstellung des kulturellen Lebens, gerade in kleinen Betrieben der Ausbildungsgegenstand nicht mehr da ist. Außerdem werden Auszubildende durch kein Hilfsprogramm, keine Soforthilfe und auch nicht durch die Kurzarbeiterregel erfasst.[Zeilenumbruch]

weitere Antragsteller*innen

Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Tjark Melchert (KV Gifhorn)

D-01-212 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 212 bis 216:

- Zur Deckung der steigenden Kosten während der Pandemie soll ein monatlicher Zuschlag auf die Grundsicherung (SGB II, SGB XII, AsylBlG) von 100 Euro monatlich für Erwachsene gewährt werden. Die Mehrbedarfzuschläge für behinderte, (chronisch) kranke, schwangere und alleinerziehende Menschen werden ebenso anteilig erhöht.

Statt Armenspeisung per Lieferdienst, wie die Bundesregierung es plant, fordern wir einen monatlichen Zuschlag von 60€ für anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche nach dem Bildungs- und Teilhabepaket, der automatisch ausgezahlt wird.

- Der derzeit erleichterte Zugang zur Grundsicherung muss für alle Menschen gelten - auch für die bisherigen Leistungsbeziehenden. Ein Zwei-Klassen-System in der Grundsicherung wollen wir verhindern. Die Grundsicherung muss als individuelle Leistung gewährt werden, ohne Anrechnung von Partner*inneneinkommen.
- ~~Krisenbedingt soll ein ALG2-Sonderbedarf von 100 Euro für Erwachsene eingeführt und für Kinder im Bildungs- und Teilhabebezug der Sonderbedarf um 60 Euro erhöht werden. Alle gesellschaftlichen Gruppen sollten einen Zugang zur Grundsicherung haben.~~

Begründung

Mündlich

weitere Antragsteller*innen

Sven Lehmann (KV Köln); Corinna Rüffer (KV Trier); Christian Kühn (KV Tübingen); Canan Bayram (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Michael Röls (KV Dortmund); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Felix Banaszak (KV Duisburg); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Dorothee Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg); Max Lucks (KV Bochum); Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Marc Kersten (KV Köln); Alexandra Werwath (KV Bremen-Mitte); Alexander Diek (KV Bochum); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Maximilian Ruta (KV Köln); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Kreisfrei); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Fabio Voss (KV Berlin-Mitte); Julia Schmidt (KV Oberhavel); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Dorothee Schulte-Basta (KV Berlin-Neukölln); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Jens Christoph Parker (KV

Osnabrück-Stadt); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Lisa Paus (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); David Schneider (KV Köln); Uwe Herzog (KV Offenbach-Land); Maik Babenhauserheide (KV Herford); Ulle Schauws (KV Krefeld); Ben Seel (KV Frankfurt); Andreas Franco (KV Köln); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Michael Gerr (KV Würzburg-Stadt); Lennard Gottmann (KV Berlin-Mitte); Christian Bock (Tübingen KV); Philmon Ghirmai (KV Berlin-Neukölln); Rahul Schwenk (KV Berlin-Neukölln); Theodoros Ioannidis (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Dominik Reich (KV Berlin-Neukölln); Richard Steinberg (KV Berlin-Neukölln); Anne Steuernagel (KV Berlin-Neukölln); Jochen Biedermann (KV Berlin-Neukölln); Lars Denkena (KV Berlin-Mitte); Sarah Schneider (KV Berlin-Neukölln); Miriam Siemon (KV Berlin-Neukölln); Martin Kupfer (KV Berlin-Neukölln); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Berlin-Mitte); Nyke Slawik (KV Düsseldorf); Oliver Powalla (KV Berlin-Neukölln); Charlotte Foerster-Baldenius (KV Berlin-Neukölln); Mira Raab (KV Berlin-Neukölln); Simon Dylla (KV Main-Taunus); Alexandra Sabrina Dittrich (KV Viersen)

D-01-213-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Christina Johanne Schröder (KV Wesermarsch)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 213 bis 214:

- Krisenbedingt soll ein **ALG2-Sonderbedarf** Grundsicherungs-sonderbedarf von 100 Euro für Erwachsene, die SGB II-, SGB XII- und AsylbLG-Leistungen erhalten eingeführt und für Kinder im Bildungs- und Teilhabebezug der Sonderbedarf

weitere Antragsteller*innen

Christian Meyer (KV Holzminden); Jonas Graeber (KV Osnabrück-Stadt); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Corinna Rüffer (KV Trier); Katja Keul (KV Nienburg); Heiko Sachtleben (KV Peine); Daniel Köbler (KV Mainz); Djenabou Diallo-Hartmann (Hannover RV); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Nicole van der Made (Hannover RV); Sascha Schießl (Hannover RV); Konstantin Mallach (KV Göttingen); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg)

D-01-218 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Grüne Jugend Bundesvorstand

Beschlussdatum: 01.05.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 217 bis 218 einfügen:

- für Studierende öffnen, die sonst nicht förderberechtigt sind, da ihnen derzeit vielfach die Nebenverdienstmöglichkeiten wegbrechen. **Ebenfalls wollen wir die Berufsausbildungshilfe mindestens an den BAföG Höchstsatz anpassen und allen Auszubildenden und Dual-Studierenden zur Verfügung stellen, die gerade von ihrem Betrieb nicht die volle Ausbildungsvergütung erhalten.**

D-01-230 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Max Lucks (KV Bochum)

Änderungsantrag zu D-01

Nach Zeile 230 einfügen:

- Auszubildende werden durch die Corona-Pandemie besonders getroffen. Sie sind keine regulären Arbeitnehmer*innen, aber stark von der wirtschaftlichen Situation abhängig. Wir wollen deshalb die Verbundausbildung rechtlich vereinfachen und finanziell stärker fördern, damit die Ausbildung im Falle krisenbedingter Schließungen an einer anderen Lehrstelle fortgesetzt werden kann. Darüberhinaus muss durch eine Änderung des Berufsbildungsgesetz sichergestellt werden, dass die Zeiten ausfallenden Unterrichts an den Berufsschulen nicht im Betrieb geleistet werden müssen, sondern vollumfänglich für selbstständiges Lernen verwendet werden können. Azubis, die in Vollzeit unter der relativen Armutsgrenze arbeiten, dürfen durch Kurzarbeit zudem nicht an Lohn verlieren - Das Kurzarbeitergeld für Ausbildungsvergütungen bis 1050€ muss auf 100% angepasst werden!

weitere Antragsteller*innen

Michael Röls (KV Dortmund); Firat Yakşan (KV Köln); Nyke Slawik (KV Düsseldorf); Anna Peters (KV Heidelberg); Marc Kersten (KV Köln); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Karsten Finke (KV Bochum); Sebastian Pewny (KV Bochum); Rênas Sahin (KV Köln); Timon Dzienus (Hannover RV); Timo Spors (KV Mülheim); Pia Scholten (Hannover RV); Moritz Oberberg (KV Bochum); Jonathan Thurow (KV Hildesheim); Florian Pankowski (Bochum KV); Karsten Ludwig (Krefeld KV)

D-01-230-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu D-01

Nach Zeile 230 einfügen:

[neues Unterkapitel einfügen] Wohnungs- und Gewerbemieter*innen entlasten – Gemeinwohlorientierung stärken - Betriebe und Gewerbe, die direkt von der Pandemie-Schließung betroffen sind und kaum Nachholeffekte bei den Einnahmen erzielen können, sollten die gesetzliche Möglichkeit bekommen, Mieten zu mindern oder gar auszusetzen. Hierzu kann die österreichische Regelung als Vorbild dienen, die im Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch ermöglicht, dass die Mietzahlungspflicht entfällt, wenn das Objekt wegen „außerordentlicher Zufälle“ nicht benutzt werden kann, worunter auch eine Pandemie fällt. Vermieter*innen, die auf diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung erhalten. - Die Corona-Krise darf nicht zu weiteren Verwerfungen am Wohnungs- und Immobilienmarkt führen. Es braucht einen Schutzschirm für in Not geratene Mieter*innen wie Vermieter*innen, der vom Bund und den Ländern schnellstmöglich konzipiert werden muss. Wir Grüne unterstützen die Forderung des Deutschen Mieterbunds wie auch des Bundesverbands der Wohnungs- und Immobilienunternehmen nach einem „Sicher Wohnen Fonds“, der je nach Bedarfslage Mieter*innen wie Vermieter*innen finanziell durch Zuschüsse wie Darlehen helfen kann. Große Immobilienunternehmen, die die letzten Jahre hohe Gewinne erzielt haben, wollen wir verpflichten, einen finanziellen Beitrag zu leisten. Andererseits muss verhindert werden, dass kleine Vermieter*innen ihre Immobilien verkaufen müssen weil sie ihre Kredite nicht mehr bedienen können. Denn das wiederum könnte zu weiteren Verwerfungen auf dem Immobilienmarkt führen, wenn große, renditeorientierte Wohnungsunternehmen durch Aufkauf ihre Marktmacht ausbauen. Wir brauchen die neue Wohngemeinnützigkeit dringender denn je, um generell Wohnen als Gemeingut besonders zu schützen. - Da in vielen Städten bezahlbarer Boden rar geworden ist, um z.B. dringend benötigte öffentliche Infrastruktur oder sozialen Wohnungsbau zu errichten, sollten Staatshilfen für insolvenzgefährdete Unternehmen zukünftig mit der Auflage vergeben werden, dass bei Grundstücksverkäufen ein Vorkaufsrecht für die jeweilige Kommune eingeräumt wird, wenn diese für öffentliche Bedarfe genutzt werden sollen. Zusätzlich sollen Kommunen bei Zwangsversteigerungen von Grundstücksgeschäften ein Vorkaufsrecht erhalten. Wir halten es für notwendig, Bodenverkehrskontrollen einzuführen oder das Recht der Gemeinde auf Bodenverkehrsgenehmigungen auszuweiten, damit die Übernahme von Grundstücken durch große Investor*innen und Filialisten unterbunden werden kann, denn es ist zu befürchten, dass insolvente Unternehmen Grundstücke vermehrt verkaufen müssen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragsteller*innen

Christian Kühn (KV Tübingen); Theodoros Ioannidis (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei); Susanne Jahn (KV Berlin-Kreisfrei); Ingo Sturm (KV Frankfurt); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Philipp Ahrens (KV

Berlin-Lichtenberg); Joachim Schmitt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Caroline Sophie Meder (KV Landkreis Rostock); Axel Burkhardt (KV Tübingen); Martin Specht (KV Berlin-Mitte); Julia Gerometta (KV Berlin-Pankow); Michael Greiner (KV Berlin-Kreisfrei); Stephan Heymann (KV Hamburg-Eimsbüttel); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Dorothee Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Diebold (KV Heidelberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Fabio Voss (KV Berlin-Mitte); Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel); Helmut G. Fell (KV Rheingau-Taunus); René Lutter (KV Berlin-Neukölln); Ronald Kunze (Hannover RV); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Ulrike Roth (Hannover RV); Susanne Bay (KV Heilbronn); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Jona Finn Jäker (KV Mark)

D-01-242 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 19.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 241 bis 242 einfügen:

Klimaabkommen wirtschaften, sollten sie einen Teil der Kredite, die der Staat jetzt als Hilfen ausgibt, am Ende der Tilgung erlassen bekommen.

Der Erhalt der industriellen Basis ist uns wichtig. Dafür braucht es eine konsequente Transformation nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft hin zu nachhaltigen Materialien, Ressourceneffizienz, Energieeffizienz. Kreislaufwirtschaft fördert Innovation, Zukunftsfähigkeit und Chancen auf allen Märkten. Forschungsprojekte, Start-ups und bestehende Unternehmen, deren Lösungen und Produkte auf Prinzipien der Kreislaufwirtschaft basieren, sollen besonders unterstützt werden. Wir machen dabei die Nutzung von grünem Strom und Gas zum Standard und stellen ganze Produktionsprozesse komplett auf eine neue Materialbasis um.

Begründung

Die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz sind wesentliche Pfeiler grüner Wirtschafts- und Industriepolitik. Diese sollten wir auch und gerade in Krisenzeiten aufrecht erhalten und benennen. Die Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise ruhen nicht, sie sind nur gerade nicht in den Medien. Unternehmen, die bereits nach diesen Prinzipien handeln, wollen wir besser stellen, damit ein finanzieller Pull-Effekt entsteht und sichtbare Leuchttürme in der Fläche.

D-01-250 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 19.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Nach Zeile 250 einfügen:

- Eine Stärkung der Erneuerbare-INDustrie ist auch eine CHance, qualifizierte Arbeitsplätze in Produktion, Projektierung und Handwerk in großer Zahl zu schaffen. Ohne qualifizierte Ingenieur*innen, Techniker*innen und Handwerker*innen wird weder der Ausbau der Erneuerbaren, noch der Umbau unserer Straßen, Häuser und Städte gelingen. Wir wollen daher die Ausbildung und Umschulung von Arbeitnehmern aus von der Krise getroffenen Branche in Energie(Effizienz)-techniker*innen fördern, damit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen vorbeugen und so die Voraussetzungen für einen grünen Konjunktur- und Transformationsschub schaffen.

D-01-250-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 19.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Nach Zeile 250 einfügen:

- Um die Krise zu bewältigen und auch die Industrie zukunftsfähig aufzustellen, brauchen wir ausreichend saubere, erneuerbare und günstige Energie. Die deutsche Erneuerbaren-Industrie darf nicht weiter abgewürgt werden. Der 52 GW PV-Deckel muss im Rahmen der Sofortmaßnahmen aufgehoben werden, genauso wie unsinnige Abstandsregeln beim Wind. Kurzfristig brauchen wir im Anschluss eine EEG-Novelle mit Ambition: Statt kleiner Änderungen müssen grundlegende Weichen gestellt werden, um den Ausbau von Wind- und Solarenergie zu beschleunigen, die Sektorenkopplung zu starten und zu einer bürgernahen, partizipativen Energiewende zu gelangen.
- Ein wichtiges Element ist dabei einplanbar steigender, alle Sektoren erfassender CO2-Preis, sowohl im europäischen als auch im nationalen Bepreisungssystem ab 2021. Ein steigender CO2-Preis setzt viele richtige Signale, belastet aber die Menschen auch. Er muss daher sozial verträglich mit einer Rückzahlung für Alle ausgestattet sein.
- Um die Krise mit nachhaltig wirksamen Maßnahmen zu bewältigen, gehen wir auch das große und wichtige Thema Energiemarktdesign an, das den Betrieb der Infrastrukturen koordiniert und nachhaltige Investitionen, auch bei Erzeugung und Verbrauch, ermöglicht. Denn: Alle Investitionsprogramme bleiben potenziell ein Strohfeuer, wenn der solide, regulatorische Rahmen fehlt. Wir wollen die in der Krise gelebte Solidarität mit einer Energiewende „von allen für alle“ institutionalisieren und auf ein neues Niveau heben. So setzen wir die private Innovationskraft frei, nutzen gleichzeitig die günstigen Kapitalkosten der Privathaushalte und verwirklichen unseren Anspruch auf demokratische Teilhabe. Wir schaffen einen belastbaren Investitions-/Refinanzierungsrahmen für Erneuerbare und Systemintegrations-Technologien. Dazu gehört eine Grundvergütung für den systemdienlichen Einsatz der Anlagen und die Möglichkeit einer sektorenübergreifenden Energieverwertung ohne Verzerrung durch fehlleitende Steuern, Abgaben und Umlagen. Zudem nutzen wir die bestmögliche Kombination von Flexibilitäten (Netze, Sektorenkopplung, Speicher) für ein funktionierendes, vernetzt-zelluläres System. Schließlich schaffen wir mit digitalen Echtzeit-Herkunftsnachweisen für alle Energieträger Transparenz und sorgen durch eine verursachergerechte Bepreisung von Transportstrecke und -zeitpunkt für Verursachergerechtigkeit bei den Kosten
- Europa hat sehr hohe Potentiale für saubere Energie – vom Norden Finnlands bis an die Südspitze von Griechenland, von der Irischen Küste bis ans Schwarze Meer. Diese können wir sowohl dezentral als auch durch die systematische Nutzung bestehender und den gezielten Ausbau neuer Leitungen zum innereuropäischen Energieausgleich nutzen. Mit einer EE- und Vernetzungsoffensive in ganz Europa kann der europäische Gedanke in diesen Krisenzeiten gestärkt werden und eine weiterhin hohe Versorgungssicherheit als wichtiges öffentliches Gut gewährleistet werden

D-01-250-3 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 19.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Nach Zeile 250 einfügen:

- Großes Krisenbewältigungspotenzial liegt im Bausektor. Energetische Gebäudesanierung ist ein sehr großes Betätigungsfeld, in dem sich Beschäftigungschancen und Klimaschutzbelange treffen. Wir brauchen eine Abwrackprämie und weitere Förderungen für den klimafreundlichen Ersatz von fossilen Heizungen und deutliche mehr Gebäudedämmung, bevorzugt mit biobasierten, nachhaltigen Materialien. Außerdem brauchen wir eine Offensive für Ausbau und Schaffung von intelligenten Wärme- und Kältenetzen, intelligente Nutzung von Solar- und Geothermie, Wärmepumpen sowie die umfassende Nutzung der lokal vorhandenen Abwärmepotenziale. Eine neue Sanierungspflicht soll mit einem Fonds zur Sicherstellung der Finanzierbarkeit kombiniert werden. Serielles Sanieren bietet die Chance, Sanierungen einfacher und günstiger zu machen. Durch ein staatliches Investitionsprogramm muss deshalb eine Industrie für serielles Sanieren aufgebaut werden.

D-01-251 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 251 bis 257 löschen:

- ~~Wir wollen für die Bürger*innen und insbesondere mittelständische Unternehmen den Strompreis senken, indem die EEG-Umlage ab dem 1. Juli 2020 um fünf Cent je Kilowattstunde reduziert wird. Das setzt langfristig ökologisch richtige Anreize, denn wir brauchen die Elektrifizierung weiterer Sektoren. Bis Ende 2021 kann damit zudem ein Kaufkraft-Effekt von 22 Milliarden Euro erreicht werden. Mittelfristig finanziert sich die Maßnahme durch die Einnahmen aus dem CO₂-Preis.~~

Begründung

Diese Forderung steht im direkten Widerspruch zur Beschlusslage der 44. BDK. "Aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanzieren wir jährlich ein Energiegeld, das alle Einwohner*innen am Jahresanfang erhalten. Es steigt mit dem CO₂-Preis an. Da Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger CO₂ produzieren, profitieren sie überdurchschnittlich davon. Die über die Absenkung der Stromsteuer hinausgehenden Einnahmen der CO₂-Bepreisung schütten wir vollumfänglich aus. Dieses Energiegeld erhält jede*r in derselben Höhe und es wird nicht auf Transferleistungen angerechnet." Eine so weitreichende Änderung der Beschlusslage, die zudem mit problematischen Kommunikationseffekten zu den vermeintlich zu hohen Kosten der Erneuerbaren verbunden sein kann, ist ohne vorherige, innerparteiliche Diskussion und ohne ein besser substantiiertes Gesamtkonzept (bspw. auch zum Umgang mit der möglichen Einordnung des EEG als Beihilfe und deren Folgen) nicht möglich. Ein solches ist aus dem Antragstext nicht zu erkennen.

weitere Antragsteller*innen

Daniel Jochum (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christian Meyer (KV Holzminden); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg)

D-01-253 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 252 bis 255:

- Unternehmen den Strompreis senken, indem die EEG-Umlage ab dem 1. Juli 2020 um fünf Cent je Kilowattstunde reduziert wird. ~~Das setzt langfristig ökologisch richtige Anreize, denn~~Denn wir brauchen die Elektrifizierung weiterer Sektoren. Bis Ende 2021 kann damit zudem ein Kaufkraft-Effekt von

Begründung

Das ist nicht das richtige Signal - was "ökologisch richtige Anreize" sind, ist heftig umstritten. Da wir uns als BAG Ökologie nicht zur Absenkung der EEG-Umlage verhalten, sondern nur die "ökologische" Begründung kritisieren, könnte man diesen ÄA auch als "redaktionell" einstufen.

D-01-253-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 252 bis 256:

- Unternehmen den Strompreis senken, indem die EEG-Umlage ab dem 1. Juli 2020 um fünf Cent je Kilowattstunde reduziert wird. ~~Das setzt langfristig ökologisch richtige Anreize, denn wir brauchen die Elektrifizierung weiterer Sektoren.~~ Denn dass Wind und Sonnenenergie heute die billigsten Energiequellen sind, haben wir nur dem EEG zu verdanken. Diese Technologieentwicklung haben bislang die Stromkund*innen bezahlt. Wir wollen aber auch die Sektoren Wärme und Mobilität mit grüner Energie dekarbonisieren. Deswegen verteilen wir die historischen EEG-Kosten auf alle schmutzigen Energieträger und beschleunigen so deren Dekarbonisierung. Bis Ende 2021 kann damit zudem ein Kaufkraft-Effekt von 22 Milliarden Euro erreicht werden. Mittelfristig finanziert sich die

Begründung

Die EEG-Kosten müssen weiterhin gedeckt werden, eine Reduktion der EEG-Umlage muss gegenfinanziert werden. Die Wälzung auf alle Energiemengen, auch im Wärme und Verkehrsbereich, ist eine gute Option und bildet die notwendige Beteiligung dieser Sektoren bei der Dekarbonisierung ab.

weitere Antragsteller*innen

Daniel Jochum (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg)

D-01-277 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Landesvorstand RLP

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Nach Zeile 277 einfügen:

- Die Erneuerbaren-Branche könnte auch in dieser akuten Krisenzeit einen Beitrag zur Stärkung unserer Wirtschaft beitragen – wenn man sie es machen lässt! Wir fordern die Bundesregierung dringend auf, die immer noch geltende 52-Gigawatt-Deckelung für den Ausbau der Solarenergie aufzuheben.

Begründung

Die Abschaffung des 52 Gw Deckels ist eine dringende Angelegenheit. Wir sollten unserer Forderung hier noch einmal Nachdruck verleihen.

D-01-277-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Beschlussdatum: 01.05.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 277 bis 293:

Unsere Antwort auf die Wirtschaftskrise kann nicht sein, alte Vormachtstellungen aufs Neue zu zementieren. Die nun nötigen Konjunkturmaßnahmen bieten eine große Chance für die ökologische Wende, vor allem im Verkehrsbereich:

Wir brauchen eine Mobilitätsprämie, mit der die Verbraucher*innen die Wahl haben, beispielsweise eine BahnCard, die Monatskarte im ÖPNV, Elektroautos oder Fahrräder mitzufinanzieren. Die

~~Automobilindustrie ist ein Schlüsselsektor unserer Industrie mit massiver Bedeutung für hunderttausende Arbeitsplätze und zahllose Zulieferer. Schon vor der Corona-Pandemie steckte die Automobilwirtschaft in einer Krise, diese hat sich nun massiv verschärft. Unternehmen und Beschäftigte sind sehr verunsichert, wie es weitergehen kann, welche Marktentwicklung eintreten wird, ob Arbeitsplätze gesichert werden können. Wir schlagen ein Zukunftsbündnis von Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltverbänden vor, um die Rezession zu überwinden, die ökologische Transformation voranzubringen und Beschäftigung zu sichern. Dieses verbindet zielgerichtete kurzfristige Hilfen mit dem dringend notwendigen Aufbruch in Richtung Elektromobilität. Dazu gehören ökologische Kaufanreize und finanzielle Hilfen bei der Modernisierung. Im Gegenzug müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut und in der Kfz-Steuer ein Bonus-Malus-System eingeführt werden, wodurch emissionsintensive Wagen wie SUVs stärker und emissionsärmere Fahrzeuge geringer belastet werden. Zudem müssen Quoten für emissionsfreie Mobilität eingeführt und die EU-Flottengrenzwerte entsprechend dem Pariser Klimavertrag angepasst werden. So~~

sorgen wir dafür, dass sich beispielsweise Fahrradmanufakturen und kommunal organisierte Verkehrsbetriebe schnell von den derzeitigen Umsatzeinbrüchen erholen können. Schon vor der Corona-Pandemie steckte die Automobilwirtschaft in einer Krise, diese hat sich nun massiv verschärft. Um zukunftsfähig zu werden, steht die Branche ohnehin vor einem grundlegenden Wandel: Noch mehr Autos sind keine Antwort auf die Krise. Dafür schlagen wir ein Zukunftsbündnis von Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltverbänden vor, um die Rezession zu überwinden, die sozial-ökologische Transformation voranzubringen und Beschäftigung zu sichern. Dafür müssen auch umweltschädliche Subventionen abgebaut und in der Kfz-Steuer ein Bonus-Malus-System eingeführt werden, wodurch emissionsintensive Wagen wie SUVs stärker und emissionsärmere Fahrzeuge geringer belastet werden. Außerdem müssen Quoten für emissionsfreie Mobilität eingeführt und die EU-Flottengrenzwerte entsprechend dem Pariser Klimavertrag angepasst werden.

D-01-287 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 286 bis 289 löschen:

sichern. Dieses verbindet zielgerichtete kurzfristige Hilfen mit dem dringend notwendigen Aufbruch in Richtung Elektromobilität. Dazu gehören ~~ökologische Kaufanreize und~~ finanzielle Hilfen bei der Modernisierung. Im Gegenzug müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut und in der Kfz-Steuer ein Bonus-Malus-

Begründung

Hier ist das "ökologischer Kaufanreiz" genannt aber gemeint ist doch eine Art Abfrackprämie? Das mag als Arbeitsplatz- und Lieferketten-Rettung berechtigt sein - es hat aber wenig mit "ökologisch" zu tun. Dann schon lieber Ressourcenverbrauch verteuern und mit Marktinstrumenten steuern! Auch hier verhält sich die BAG Ökologie nicht zu den finanziellen Hilfen - aber bitte nennt sowas nicht "ökologischer Kaufanreiz" - für andere mag das "redaktionell" sein - aber was wir "ökologisch" nennen sollte auch ressourcenschonend sein und keine Mogelpackung.

D-01-287-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 286 bis 288:

sichern. Dieses verbindet zielgerichtete kurzfristige Hilfen mit dem dringend notwendigen Aufbruch in Richtung **Elektromobilität** nachhaltige Mobilität. Dazu gehören ökologische Kaufanreize und finanzielle Hilfen bei der Modernisierung. Im Gegenzug müssen

weitere Antragsteller*innen

Daniel Jochum (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg)

D-01-288 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Christian Meyer (KV Holzminden)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 287 bis 289:

notwendigen Aufbruch in Richtung Elektromobilität. Dazu gehören ökologische ~~Kaufanreize~~ Anreize für klimaneutrale Mobilität und finanzielle Hilfen bei der Modernisierung. Eine erneute Abwrackprämie für den Neukauf von Fahrzeugen mit fossilen Verbrennungsmotoren lehnen wir ab. Im Gegenzug müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut und in der Kfz-Steuer ein Bonus-Malus-

Begründung

Die von VW und andere Autokonzernen sowie den Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) und Markus Söder (CSU) aktuell geforderte neue Abwrackprämie für etwas klimaschonendere Fahrzeuge sollten wir klar ablehnen, da auch die letzte Abwrackprämie keine positiven Wirkungen hatte. Wir wollen nicht nur Anreize für den Kauf von klimaneutralen Autos, sondern insgesamt für nachhaltige Mobilität von Carsharing, ÖPNV bis Fahrrad. Auch verbilligter ÖPNV, Carsharing mit E-Autos sollten gefördert werden, nicht nur der Kauf von Neufahrzeugen.

weitere Antragsteller*innen

Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg); Jonas Graeber (KV Osnabrück-Stadt)

D-01-299-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Beschlussdatum: 01.05.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 298 bis 302 einfügen:

in anderen europäischen Ländern gilt es in diesem Zuge, eine CO₂-Reduktionsstrategie für die Luftfahrt vorzulegen, die das Flugverkehrsaufkommen insgesamt senkt. Dies kann zum Beispiel durch Streckenschließungen für kürzere Inlandsflüge, Ausweitung des Nachtflugverbots oder die Erneuerung der Flugzeugflotte durch effizientere und schadstoffärmere Flugzeuge geschehen.

D-01-302 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Beschlussdatum: 01.05.2020

Änderungsantrag zu D-01

Nach Zeile 302 einfügen:

Hilfen kann nur bekommen, wer zugleich massive CO2-Einsparungen garantieren kann, die den Pariser Klimazielen entsprechen.

D-01-326 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE NRW

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 325 bis 328:

Investitionen liegen bei den Kommunen, und viele von Ihnen werden durch Altlasten erdrückt. ~~Der Bund~~ Bundes- und Landespolitik sollten alles tun, um diese Investitionen auf den Weg zu bringen. Dazu gehört, Planungsprozesse jetzt zu starten und das Planungsrecht zu entbürokratisieren bzw. Regelungen befristet auszusetzen. Gerade jetzt sollte die öffentliche Hand Planer*innen und Projektsteuernde einstellen und die Genehmigungsbehörden aufstocken, damit die zusätzlichen Investitionen auch verbaut werden können. Dazu sollte der Bund durch eine Verwaltungsvereinbarung einen Fonds mit den Ländern auflegen, aus dem zusätzliche Planungsstellen über den Zeitraum von mindestens fünf Jahren bezahlt werden können. Viele Investitionen liegen bei den Kommunen, und viele von Ihnen werden durch Altlasten erdrückt. Das Wegbrechen der Gewerbesteuererinnahmen verschärft diese Situation enorm. Bund und Länder müssen den Kommunen mit einem Altschuldentilgungsfonds einen ~~großen Teil ihrer~~ Neustart ermöglichen, indem ihre Altschulden ~~abnehmen, da er sie~~ abgenommen werden. Sie können dauerhaft zu niedrigen und derzeit sogar negativen Zinsen ~~refinanzieren kann~~ refinanziert werden. Zudem müssen Kommunen mit besonders hohen Soziallasten unterstützt werden. Dafür muss der Bund insbesondere durch einen höheren Anteil bei den Kosten der Unterkunft und Heizung übernehmen.

D-01-346 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 345 bis 346 einfügen:

gefunden. Entsprechend brauchen wir zur Tilgung der Schulden einen solidarischen Ausgleich nach dem Prinzip: Wer starke Schultern hat, kann mehr tragen. Darum wollen wir kleine und mittlere Einkommen entlasten und den Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen anheben. Auch Vermögende sollten mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen. Wir Grüne wollen daher eine verfassungsfeste, ergiebige, umsetzbare und einmalige Vermögensabgabe für Superreiche. Die Abgabe soll mit hohen Freibeträgen und über einen sehr langen Zeitraum gestreckt, so ausgestaltet werden, dass kein Unternehmen Schaden nimmt.

Begründung

Beide Forderungen waren schon vor der Corona-Krise grüne Beschlusslage.

Im Wahlprogramm 2017 heißt es: "Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen." (S. 194) "Außerdem braucht es eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche, denn in wenigen Ländern Europas sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen. Denn wir wollen, dass alle einen fairen Beitrag leisten, wenn unser Gemeinwesen finanziert wird und Zukunftsinvestitionen getätigt werden." (S. 196)

Auch Robert Habeck betonte in seiner Bewerbungsrede zur Wahl zum Vorsitzenden im Januar 2018 die "härtere Besteuerung" von "Vermögen" sei "unstrittig". Nun untermauern die Kosten der Corona-Krise die Notwendigkeit unserer Positionen und sollten benannt werden.

Rund zwei Drittel des Nettovermögens ballt sich bei den oberen zehn Prozent, allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung.

weitere Antragsteller*innen

Sebastian Walter (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg); Canan Bayram (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); André Schulze (KV Berlin-Neukölln); Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anne Steuernagel (KV Berlin-Neukölln); Jan Fähmann (KV Berlin-Kreisfrei); Anja Kofbinger (KV Berlin-Kreisfrei); Magnus Heise (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Michael Sebastian Schweiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jan Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Oliver Powalla (KV Berlin-Neukölln); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Charlotte Foerster-Baldenius (KV Berlin-Neukölln); Daniel Jochum (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Tobias Wolf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulze (KV

Berlin-Pankow); Jens Christoph Parker (KV Osnabrück-Stadt); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Kreisfrei); Jona Finn Jäker (KV Mark); Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Philmon Ghirmai (KV Berlin-Neukölln); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Marc Kersten (KV Köln); Tobias Stetter (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jonathan Morsch (KV Rendsburg-Eckernförde); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tom Ritter (KV Teltow-Fläming); Rolf Gramm (KV Odenwald-Kraichgau); Anna Orth (KV Berlin-Spandau); Theodoros Ioannidis (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jura Schoeder (KV Osnabrück-Stadt); Lennard Gottmann (KV Berlin-Mitte); Eva Marie Plonske (KV Berlin-Kreisfrei); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Martin Kupfer (KV Berlin-Neukölln); Johanna Haffner (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Dorothée Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Fatos Topaç (KV Berlin-Kreisfrei); Sarah Schneider (KV Berlin-Neukölln); Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); René Lutter (KV Berlin-Neukölln); Lars Denkena (KV Berlin-Mitte); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Mats Kröger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Nabiha Ghanem (KV Soest); Miriam Siemon (KV Berlin-Neukölln); Rhea Niggemann (KV Berlin-Kreisfrei); Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln); Christian Raffer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Daniel Freudl (KV Berlin-Pankow); Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Karolina Ziehm (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Aida Baghernejad (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Uwe Herzog (KV Offenbach-Land); László Boroffka (KV Offenbach-Land); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Daniel Wesener (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Jan Stiermann (KV Berlin-Neukölln); Mandy Riemer (KV Berlin-Kreisfrei); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Hendrik Böckermann (KV Berlin-Mitte); Matthias Dittmer (KV Berlin-Kreisfrei); Veit Olschinski (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Robert Hahn (KV Berlin-Mitte); Erik Sachtleber (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte)

D-01-353 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Christina Johanne Schröder (KV Wesermarsch)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 352 bis 354 einfügen:

geworden, dass insbesondere bei der personellen Situation in der Pflege, in der kommunalen Gesundheitsversorgung, beim Zugang zum Gesundheitssystem, bei der digitalen Vernetzung sowie bei der Beschaffung und Bevorratung von Schutzausrüstung erhebliche Defizite bestehen,

weitere Antragsteller*innen

Christian Meyer (KV Holzminden); Jonas Graeber (KV Osnabrück-Stadt); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Corinna Rüffer (KV Trier); Heiko Sachtleben (KV Peine); Djenabou Diallo-Hartmann (Hannover RV); Svenja Borgschulze (KV Berlin-Pankow); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Nicole van der Made (Hannover RV); Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt); Sascha Schießl (Hannover RV); Konstantin Mallach (KV Göttingen); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg)

D-01-394 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE NRW

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 393 bis 395:

noch enormen Ungerechtigkeiten, die das deutsche Bildungssystem hervorbringt – sichtbar zum Beispiel in der unterschiedlichen technischen Ausstattung ~~von~~ der Schüler*innen und ihrer Schulen. Da sind die vielerorts mangelhaften baulichen und sanitären Zustände

Von Zeile 399 bis 400 einfügen:

„Betreuung“ über Kitas gesprochen wird. Was hier in den ersten Jahren pädagogisch versäumt wird, kann vielfach kaum nachgeholt werden. Da ist die Situation von Schüler*innen mit Behinderung oder anderem sonderpädagogischem Förderbedarf, die sich in besonderer Form zuspitzt und in der Krisenbewältigung aus dem Blick zu geraten scheint. Und da ist nicht zuletzt eine den Zukunftsherausforderungen nicht angemessene Fixierung auf Prüfungen und Leistungsnachweise, die den Blick auf das gerade in diesen Krisenzeiten pädagogisch und sozial Notwendige versperrt und Ressourcen bindet, die an anderer Stelle gebraucht würden.

D-01-404 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE NRW

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 403 bis 406:

pädagogische Fach- und Lehrkräfte, aber auch Eltern und Schüler*innen finden neue, pragmatische und kreative Lösungen in der schwierigen Situation: ~~Sei es der Unterricht im Park oder die Vertretung der aus medizinischen Gründen abwesenden Musiklehrerin durch einen Musiker, der derzeit ohne Engagement ist.~~ Dabei wird oftmals von den Praktiker*innen aufgefangen, was eigentlich in die Verantwortung von Politik und Verwaltung fällt, nämlich der adäquate Umgang unserer Bildungsinstitutionen mit einer – für die ihnen anvertrauten Menschen ersten! – existenziellen Krise. Dafür gebührt auch ihnen unser Dank.

D-01-407 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE NRW

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 407 bis 409:

Es geht beim Lernen aus der Krise ~~nicht nur um ein bisschen Digitalisierung, es geht~~ darum, das Bildungssystem so auszurichten, dass Menschen selbstbestimmt, nachhaltig und aufgeklärt handeln können. Die Corona-Pandemie stellt junge Menschen vor enorme Herausforderungen, sei es in ihrem familiären Umfeld, in der für viele Schüler*innen deutlich erschwerten Vorbereitung auf Prüfungen oder mit Blick auf neue Ungewissheiten für ihre weitere Lebensplanung. Die Bildungspolitik reagiert auf diese Krisenerfahrungen vollkommen unzureichend, weil sie die eingeschränkten Ressourcen auf das Erfüllen von Lehrplänen und Ableisten von Prüfungen konzentriert und den Schulen damit die Chance nimmt, die sozialen Folgen der Pandemie aufzufangen und pädagogisch angemessen mit den Schüler*innen aufzuarbeiten, wie sich diese Situation auf sie und ihr Umfeld auswirkt. Einmal mehr wird deutlich, dass die Zukunft unseres Bildungssystems in einem Paradigmenwechsel liegt; weg von der Fokussierung auf Planerfüllung und das Einrichten von prüfbareren Fachwissen und hin zur Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung, der Entwicklung von Krisenresilienz und dem Umgang mit Unsicherheiten und Ambiguitäten, von denen unsere Zeit auch jenseits der akuten Pandemie geprägt ist und weiter sein wird.

D-01-413 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE NRW

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 412 bis 414:

Megaaufgabe Digitalisierung in der Bildung können Bund und Länder nur gemeinsam schaffen. ~~Die Bereitschaft auf allen Seiten, das deutsche Bildungssystem an die digitale Welt anzuschließen, war nie so groß wie heute.~~ Gleichzeitig zeigen die letzten Wochen in aller Deutlichkeit auf, dass es bei der Gestaltung von Bildung im digitalen Wandel nicht darum gehen darf, digitale Tools einfach für analog gedachten und konzipierten Unterricht zu nutzen. Das Fenster für echte Innovation in unserem Bildungssystem, die Bildung im und für das 21. Jahrhundert – unter den Bedingungen der Digitalisierung, der ökologischen und der gesellschaftlichen Zukunftsherausforderungen – gestaltet, ist so offen wie nie. Es ist unsere Aufgabe, dieses Fenster zu nutzen.

D-01-424 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE NRW

Beschlussdatum: 30.04.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 423 bis 424 einfügen:

Stadtteilen nach der Krise nötiger denn je, damit jene, die schon vor Corona drohten, abgehängt zu werden, den Anschluss nicht verlieren.

Es ist dringend notwendig, dass im Rahmen der Kultusministerkonferenz rechtzeitig Strategien für die Zeit nach den Sommerferien entwickelt werden, die die vielfältigen Auswirkungen der Schulschließungen aufgreifen. Nicht nur in fachlicher, sondern auch in emotionaler und sozialer Hinsicht ist es unmöglich, einfach dort anzuschließen, wo die Lehrpläne es vorsehen. Deshalb müssen diese und die schulgesetzlichen Bestimmungen für den kommenden Jahrgang entsprechend der heterogenen Umstände, unter denen Bildung in den letzten Wochen stattfinden konnte und bis zum Sommer stattfinden kann, flexibilisiert und – vor allem in Bezug auf Prüfungen für Lehrer*innen wie Schüler*innen – entlastet werden.

D-01-424-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Grüne Jugend Bundesvorstand

Beschlussdatum: 01.05.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 423 bis 424 einfügen:

Stadtteilen nach der Krise nötiger denn je, damit jene, die schon vor Corona drohten, abgehängt zu werden, den Anschluss nicht verlieren. Hierbei sollte vor allem darauf geachtet werden, dass alle Schulen in der Bundesrepublik ihre Hygienerichtlinien in Zukunft einhalten können.

Ebenfalls muss die Digitalisierung an den Universitäten und Berufsschulen unterstützt und verbessert werden. Dazu müssen, ähnlich wie im Digitalisierungspakt an Schulen, Universitäten und Berufsschulen durch Mittel des Bundes dabei unterstützt werden, Online-Vorlesungen zugänglich für alle zu machen. Dafür braucht es Investitionen in digitale Endgeräte für Studierende, damit alle die Möglichkeit haben, den Online-Angeboten zu folgen. Des Weiteren müssen bundesweite Expertengremien Standards und Richtlinien für Online-Vorlesungen und Kurse festlegen, um den Lehrenden Hilfestellung zu bieten. Unvorbereitet ist die Lehre vor allem eins: Glückssache. Denn dass sich die Lehrenden mit digitalen Tools auskennen, ist noch längst nicht überall der Normalfall. Eine weitere jetzt dringend benötigte Lösung ist das „Nicht-Semester“, bei dem das Ziel nicht ist, möglichst viele Klausuren mit möglichst guten Noten zu bestehen, sondern viel mehr auf dem Schaffen von gleichwertigen und gerechten Bedingungen liegt. In der aktuellen Situation sollte nicht das Erbringen von Prüfungsleistungen, sondern vielmehr die Unterstützung derer im Vordergrund stehen, die in der aktuellen Krise benachteiligt sind, sei es, weil sie aus einem finanziell schwächeren Elternhaus kommen, sei es, weil sie beispielsweise mit einem Kind durch das Studium gehen. Wir dürfen niemanden zurückzulassen – die Corona-Krise bewältigen wir auch im Universitätsbereich und in der Berufsschule nur gemeinsam.

D-01-430 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 429 bis 434:

letzten Finanzkrise und der Flüchtlingskrise haben einige europäische Staaten auch in der Corona Krise unsolidarisch und uneuropäisch gehandelt. Auch die Bundesregierung hat in finanzpolitischen Fragen oder durch die anfänglichen Exportbeschränkungen für medizinische Produkte, als insbesondere Italien dringende Hilfe benötigte, Vertrauen in die europäische Solidarität verspielt – Vertrauen, das infolge vorangegangener Krisen ohnehin unter erheblichen Druck geraten war. Die Pandemie darf Zustimmungsraten zur europäischen Integration liegen aktuell selbst in traditionell pro-europäischen Ländern wie Italien auf einem Tiefststand.

Die Bundesregierung steht hier in besonderer Verantwortung. Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern muss sie sicherstellen, dass sich die Spaltung in der EU durch die Pandemie nicht noch weiter verschärft. Wenn Europa jetzt nicht zusammensteht, springen andere in die Lücke und versuchen ihren geopolitischen Einfluss noch weiter auszudehnen. Wenn die Bundesregierung die Krisenbewältigung nicht konsequent europäisch angeht, droht neue soziale Ungerechtigkeit, Jugendarbeits- und Perspektivlosigkeit insbesondere in süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten – droht letztlich ein Auseinanderbrechen des Binnenmarktes und der gesamten Union.

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Niklas Hendrik Nienaaß (KV Rostock); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

D-01-451 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 450 bis 452 einfügen:

verhindern, dass Lieferketten unterbrochen werden. Eine europäische Pandemiewirtschaft sollte eine massive Produktion an medizinischer Ausrüstung sowie die bestmögliche Ausnutzung der gemeinsamen Test- und Behandlungskapazitäten zum Ziel haben. Die Staaten sollten die Beschaffung gemeinsam organisieren bzw.

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Niklas Hendrik Nienaaß (KV Rostock); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

D-01-456 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 455 bis 460:

verstärkt werden. Wir fordern einen EU-Corona-Forschungsfonds für Medikamente und Impfstoffe, die dann unter Gemeinwohllizenz vermarktet werden. ~~Für die Zeit nach der Pandemie sollte das European Center for Disease Prevention and Control (ECDC) in die Lage versetzt werden, bei zukünftigen Pandemien schnell Unterstützungsleistungen für besonders betroffenen Länder zu leisten~~ Es gilt, bei der nächsten Pandemie besser gerüstet zu sein. Dafür muss das European Center for Disease Prevention and Control (ECDC) gestärkt und ein European Health Corps gegründet werden. Das Health Corps besteht aus regulären Mitarbeiter*innen europäischer Krankenhäuser, die im Krisenfall schnell mobilisiert und in besonders betroffenen Regionen eingesetzt werden können, damit kein Krankenhaus in Europa in die Lage kommt, Menschen nicht angemessen medizinisch

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Niklas Hendrik Nienafß (KV Rostock); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

D-01-487 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 486 bis 488 einfügen:

solidarisch zu schultern. Die Ausgaben sollten sich an den Pariser Klimaschutzziele und dem Green Deal orientieren. Die Rückzahlung soll langfristig nach ökonomischer Leistungsfähigkeit gemessen am BIP erfolgen und dabei auch eine Finanzierung über neue Eigenmittel und den Abbau von Steuerdumping vorsehen. Der Recovery Fund hat einen Umfang von mindestens einer Billion Euro und ist damit dem Ernst und der Größe

weitere Antragsteller*innen

Sven Giegold (KV Düsseldorf); Niklas Hendrik Nienauß (KV Rostock); Katrin Langensiepen (Hannover RV)

D-01-491 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Daniel Freund (KV Aachen)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 490 bis 491 einfügen:

Schuldenquoten. Vielmehr ermöglicht die gemeinsame Haftung Zinsen unterhalb der Inflation. Der Recovery Fund muss strenger Kontrolle durch das Europäische Parlament und die Parlamente der beteiligten Mitgliedstaaten unterliegen. Mit den Investitionen durch die EU muss auch die Fähigkeit zur Kontrolle der Gelder wachsen, z.B. durch einen funktionierenden Rechtsstaatsmechanismus für EU-Gelder und eine gut ausgestattete europäische Staatsanwaltschaft.

weitere Antragsteller*innen

Henrike Hahn (KV München); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg)

D-01-501 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Karolina Ziehm (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 500 bis 501 einfügen:

einzelne EU-Mitgliedstaaten weiterhin blockieren, braucht es eine Koalition der Willigen als ersten Schritt zu einer europäischen und globalen Lösung.

Die Folgen der Corona-Krise treffen nicht alle gleich. Massenarbeitslosigkeit und die Folgen eines schwachen Gesundheitssystems werden süd- und osteuropäische Staaten besonders hart treffen. Laut Internationalen Währungsfonds wird die Arbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland auf über 20 % steigen. Gerade junge Menschen werden davon besonders stark betroffen sein und Ältere leiden am Stärksten unter den Folgen eines auf Verschleiß gefahrenen Gesundheitssystems.

Während immer mehr Europäer*innen vor existenziellen Fragen stehen, bleiben die Vermögen von den reichsten 1 % in der EU hoch. Wenn sich infolge von Corona diese Spaltung weiter verschärft, ist die EU existenziell gefährdet. Um die sozialen Folgen der Krise abzumildern, die Krisenkosten fair aufzuteilen und um die EU zusammenzuhalten, schlagen wir eine europäische Vermögensabgabe vor.

weitere Antragsteller*innen

Rasmus Andresen (KV Flensburg); Jens Christoph Parker (KV Osnabrück-Stadt); Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Niklas Hendrik Nienafß (KV Rostock); Lasse Petersdotter (KV Kiel)

D-01-510 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 509 bis 511 einfügen:

auch einen größeren deutschen Beitrag und mehr Möglichkeiten für die Union, eigene Einnahmen zu generieren, um die EU strukturell zu stärken. Um Europa neu aufzustellen muss die Bundesregierung nicht jeden Vorschlag anderer Länder übernehmen, sie muss aber

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Niklas Hendrik Nienauß (KV Rostock); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

D-01-516 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Daniel Freund (KV Aachen)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 515 bis 516 einfügen:

den notwendigen Fragen gehört auch die Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Um die Antworten der EU auf die Krise mit allen Europäer*innen zu diskutieren und das Bedürfnis der Menschen nach Solidarität und Demokratie in konkrete Politik zu übersetzen, brauchen wir die Konferenz über die Zukunft für Europa. Die Bundesregierung muss sich im Rat dafür einsetzen, dass die Konferenz beginnt, sobald große internationale Treffen wieder möglich sind.

weitere Antragsteller*innen

Henrike Hahn (KV München); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg)

D-01-516-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 515 bis 516 einfügen:

den notwendigen Fragen gehört auch die Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Der Stellenwert der eigenen Grundüberzeugungen erweist sich besonders in der Krise. Auch die Bundesregierung muss sich deshalb dem drohenden Abbau von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Pressefreiheit in einigen EU-Mitgliedstaaten entgegenstellen – im europäischen Verbund, nicht zuletzt im Zuge der anstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Die EU-Kommission fordern wir auf, alle nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in EU-Mitgliedstaaten auf ihre Einhaltung europäischen Rechts hin zu untersuchen und, wo nötig, entsprechend einzugreifen.

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Niklas Hendrik Nienaß (KV Rostock); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

D-01-525-2 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 524 bis 525 einfügen:

Medikamente gegen COVID-19. Es muss dafür gesorgt werden, dass beides, sobald vorhanden, global, schnell und zu einem günstigen Preis verfügbar ist.

Die Corona-Krise zeigt erneut, wie wichtig ein nachhaltiges Management von Lieferketten ist. Es ist dem Druck von Zivilgesellschaft und uns Grünen zu verdanken, dass die EU-Kommission jetzt ein verbindliches Lieferkettengesetz für 2021 angekündigt hat. Die Bundesregierung muss hier dringend nachziehen und noch in dieser Jahreshälfte einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Niklas Hendrik Nienauß (KV Rostock); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

D-01-535 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Grüne Jugend Bundesvorstand

Beschlussdatum: 01.05.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 534 bis 536 einfügen:

deutliche Erhöhung der Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds, um besser gegen spekulative Kapitalflucht gewappnet zu sein. Diese Kapitalflucht wird von den hiesigen Rettungsmaßnahmen im Bereich der Zentralbankpolitik verstärkt. Der Zugang zum exklusiven System des Währungstauschs muss ausgeweitet werden. Auch die Bekämpfung illegaler Finanzströme muss deutlich intensiviert werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass globale Ungleichheiten noch weiter verschärft werden.

Wir

D-01-580 Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Antragsteller*in: Grüne Jugend Bundesvorstand

Beschlussdatum: 01.05.2020

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 579 bis 580 einfügen:

Ursachen für Zoonosen stärker bekämpfen und uns zugleich wappnen, Epidemien zukünftig besser einzudämmen.

Da die Krise vor allem die Soziale Spaltung in unserer Gesellschaft immer weiter vorantreibt, brauchen wir endlich auch Antworten auf das Auseinanderdriften von Menschen, deren Reichtum längst unglaubliche Höhen erreicht hat und Menschen, die durch Corona immer mehr in Armut gedrängt werden oder die schon davor ständig am Existenzminimum lebten. Eine resiliente Gesellschaft ist eine solidarische Gesellschaft, die gemeinsam auf diese und zukünftige Krisen reagiert. Deswegen fordern wir eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögensabgabe für Superreiche, nur so kann soziale Gerechtigkeit wirklich hergestellt werden. Das bedeutet auch, dass wir die Kosten der Krisenbewältigung solidarisch tragen.